

Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren.

All human beings are born free
and equal in dignity and rights.

Unsere Menschenrechte
gib uns heute



Aus dem Inhalt

3 Vorwort

Stimmen aus den Regionen

- 4.....Argentinien: Leben mit HIV heute
- 4.....LWB-Länderprogramm drängt Regierung, Gesundheitssystem zu verbessern
- 5.....Kanadische Kirchen sind solidarisch mit indigenen Völkern
- 5.....Indische Frauen kämpfen gegen Verletzungen ihrer Rechte

„Unsere Menschenrechte gib uns heute“

- 6.....Martin Luther und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
- 7.....Luthers Ausführungen: ein „aufrüttelnder Weckruf“
- 8.....Martin Luther, das Recht auf Nahrung und die Rechte der Dalits
- 9.....Frauen weltweit beten für Würde und Rechte
- 10.....Ausgewählte Beiträge des LWB zum Thema Menschenrechte

Menschenrechte und...

- 11.....Subventionsprogramm erhöht Nahrungsmittelsicherheit in Malawi
- 12.....LWB strebt dauerhafte Lösungen für bhutanische Flüchtlinge in Nepal an
- 13.....Gemeinsam für Autonomie, Gerechtigkeit und bürgerliche Rechte
- 14..... Schutz des Lebens und Sicherheit in Kolumbien
- 14.....Mosambik: Wachsendes Bewusstsein für Frauenrechte macht Hoffnung

Aus der Sicht der Jugend

- 16.....Wie der Kolibri – Brasilianische Jugendliche bemühen sich um Wertevermittlung
- 17.....Kongo: Trotz klar definierter Menschenrechte leben Menschen in Unsicherheit
- 17.....Bayrische Jugendorganisation engagiert sich gegen Rechtsextremismus in Deutschland

Kirchen und Menschenrechte

- 16.....Argentinien: Menschenrechtserklärung ist Teil der Kirchensatzung
- 16.....Deutschland: ELKB verteidigt Rechte der ChristInnen im Irak
- 18.....Äthiopien: Dem ganzen Menschen dienen
- 18.....USA: Lutherische Kirche engagiert sich für Menschenrechte
- 18.....El Salvador: Wasser als Geschenk der Schöpfung Gottes

Interreligiöse Perspektiven

- 19.....Menschenrechte: Eine jüdische Perspektive
- 20.....Interreligiöser Dialog gegen Diskriminierung und Intoleranz

Menschenrechtstag Liturgische Materialien zum 10. Dezember 2008

- 22.....Eröffnung
- 23.....Verkündigung
- 24.....Gemeinschaft

Lutherischer Weltbund –
eine Kirchengemeinschaft
150, route de Ferney, Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz
Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Chefredakteurin
Karin Achtelstetter
ka@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe
Dirk-Michael Gröttsch
dmg@lutheranworld.org

Englische Ausgabe
Pauline Mumia
pmu@lutheranworld.org

**Zum Redaktionsteam dieser
LWI-Sonderausgabe gehören ferner:**
Kathryn Johnson, Martin Junge, Elsa Moreno,
Peter Prove, Tore Samuelsson, Claudia Schubert
und Simone Sinn.

Die LWB-Abteilung für Theologie und Studien hat das liturgische Material erarbeitet.

Redaktionsassistentz & Fotoauswahl
Miriam Reidy Prost

Layout
Stéphane Gally
sga@lutheranworld.org

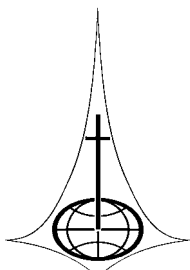
Vertrieb/Abonnement
Colette Muanda
cmu@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird als Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies nicht besonders vermerkt ist, nicht die Haltung oder Meinung des LWB oder seiner Arbeitseinheiten wieder. Die in der Lutherischen Welt-Information mit „LWI“ gekennzeichneten Beiträge können kostenlos mit Quellenangabe abgedruckt werden.

Titelseite:
Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Titelseite Hintergrund: © Nathalie Pahud-Briquet





Pfr. Dr. Ishmael Noko. © LWB/H. Putsman

Diese Sonderausgabe der Lutherischen Welt-Information (LWI) beschäftigt sich mit zwei Themen. Zum einen erscheint sie aus Anlass des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), der weltweit am 10. Dezember 2008 gefeiert wird. Zum anderen wird das Thema der Elften Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) – „Unser tägliches Brot gib uns heute“ – vorgestellt. Die Vollversammlung findet vom 20. bis 27. Juli 2010 in Stuttgart (Deutschland) statt.

Auch wenn die Verbindung vielleicht nicht offensichtlich ist, so sind die beiden Themen doch sehr eng miteinander verknüpft. Wie einige Beiträge dieser Sonderausgabe zeigen, wird die vierte Bitte des Vaterunsers und der Begriff „tägliches Brot“ in der lutherischen Theologie und in Luthers eigenen Schriften in einer Weise erklärt, die der AEMR sehr nahe steht. Lutherische Theologie und Menschenrechtserklärung verbindet ein ganzheitliches Verständnis davon, was für ein Leben in Würde notwendig ist.

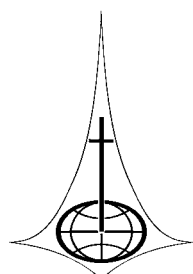
Mit der Menschenrechtserklärung reagierte die Völkergemeinschaft auf die Brutalität und Unmenschlichkeit von Krieg und Völkermord und brachte ihre Ablehnung derselben zum Ausdruck. Mit dieser Erklärung haben sich Regierungen und Gesellschaften verpflichtet, sich für die Würde eines jeden Menschen einzusetzen und sie zu schützen. Die Menschenrechtserklärung artikuliert die gemeinsame Verpflichtung auf die Verantwortung für das Wohl aller Menschen. Jeder Jahrestag der

Verkündigung der Menschenrechtserklärung mahnt uns alle, erneut unser Streben auf die Wahrung der Würde aller Menschen auszurichten.

Jedes Mal wenn wir das Vaterunser beten und um das „tägliches Brot“ bitten, erneuern wir unsere Bitte um das Notwendige, das ein Mensch für ein Leben in Würde braucht – Frieden und eine gute Regierung eingeschlossen. Und wir bitten nicht um „mein“, sondern um „unser“ tägliches Brot. Wir formulieren die Bitte um das Nötige für ein Leben in Würde also ausdrücklich im Bezug auf die Gemeinschaft.

Möge diese LWI-Sonderausgabe dazu beitragen, die Verbindungen zwischen unserem christlichen Glauben und der lutherischen Tradition sowie den Grundsätzen der Menschenrechte aufzuzeigen. Ich bin sicher, wenn wir uns diese Verbindungen vergegenwärtigen, wird es uns nicht nur leichter fallen, uns mit den Menschenrechten zu identifizieren, sondern werden wir auch unser Verständnis einiger der zentralen Aspekte unseres Glaubens und unserer Tradition vertiefen.

Pfr. Dr. Ishmael Noko
Generalsekretär
Lutherischer Weltbund



STIMMEN AUS DEN REGIONEN

Die umfassenden Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bieten einen Rahmen für Kirchen und andere Organisationen der Zivilgesellschaft, sich für die Anerkennung der angeborenen Würde und der unveräußerlichen Rechte aller Menschen zu engagieren. Auf den folgenden Seiten finden Sie Texte von Menschen aus den verschiedenen LWB-Regionen zum Thema Menschenrechte und den Herausforderungen, mit denen HIV-positive Menschen, indigene Völker und arme Frauen konfrontiert sind, die mit Ungleichheit und sozial ausgegrenzt leben müssen.

Argentinien: Leben mit HIV heute

Ich heiße Fabián, bin 33 Jahre alt und lebe in Buenos Aires (Argentinien). Vor sechs Jahren wurde bei mir eine HIV-Infektion diagnostiziert. Es ist nicht einfach, mit dieser Nachricht zu leben. Damit verbunden sind viele Ängste, Missverständnisse und Unwissenheit. So ist es schwer, jemanden zu finden, der bereit ist, eine feste Beziehung mit einer HIV-positiven Person einzugehen. Diskriminierung hat viele Gesichter, aber trotzdem ist nichts unmöglich. Wichtig ist, sich selbst anzunehmen.

Wir müssen uns bewusst machen, dass auch HIV-Infizierten Menschenrechte zustehen! Wir haben genauso Anspruch auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit wie jede/r andere. Wir haben ein Recht darauf, unserer Würde entsprechend behandelt zu werden, und ein Recht auf angemessene



Während der 17. Welt-AIDS-Konferenz im August 2008 in Mexiko City (Mexiko) setzen sich Demonstrierende für den freien Zugang zu AIDS-Medikamenten ein. © EAA/Paul Jeffrey

ärztliche Versorgung. Diese Rechte sind in der Menschenrechtserklärung festgeschrieben. Es bleibt aber noch viel zu tun. Ich bin überzeugt, dass un-

sere Gesellschaft, dass jede/r Einzelne wesentlich mehr Aufmerksamkeit darauf richten muss, Gleichbehandlung zu gewährleisten.

Ein Leben mit HIV bedeutet nicht, sich abzukapseln. Vielmehr sind wir aufgefordert, von der Gegenwart Gottes in unserem Leben Zeugnis zu geben und dieselben Rechte und Pflichten wahrzunehmen, wie die übrige Gesellschaft.

Fabián Kreischer studiert Theologie an der ökumenischen theologischen Hochschule ISEDET (Buenos Aires). Im Synodalbüro der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Argentinien ist er für den Bereich Logistik zuständig.



Fabián E. Kreischer
© Privat

LWB-Länderprogramm drängt Regierung, Gesundheitssystem zu verbessern

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wird bisweilen kritisiert, weil ihr die nötigen Instrumente fehlen, um ihre Einhaltung durchzusetzen. Doch prägt ihr Geist ja verschiedene Menschenrechtsinstrumente, einschliesslich der Grundrechtskataloge vieler nationaler Verfassungen. Die umfassenden Regelungen der Menschenrechtserklärung bieten die Grundlage, von der spezifisch HIV und AIDS betreffende Rechtsinstrumente Anleihen nehmen und auf der sie aufbauen können.

Der Lutherische Entwicklungsdienst (LDS) – ein assoziiertes Programm der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) – engagiert sich für die Eindämmung der Folgen von HIV und AIDS in Swasiland. Er ist dabei mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, etwa der Knappheit der Mittel und einer sozioökonomischen sowie politischen Landschaft, die die



Beitrag aus Südafrika zu einem Makwettbewerb für Kinder zum Thema HIV und AIDS, den das Globale Ökumenische Aktionsbündnis (EAA) 2003 veranstaltete. © EAA

Hauptverantwortung für die extrem hohe HIV und AIDS-Rate des Landes trägt (laut UNAIDS: 26 Prozent der 15 bis 49-Jährigen).

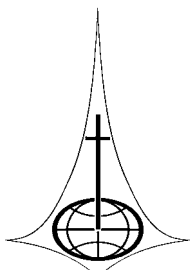
Der LDS setzt sich dafür ein, dass den von HIV und AIDS Betroffenen ein unterstützendes Umfeld geboten wird, was die gesamte Bandbreite von einer besseren Einbindung bis zum Zugang zu medizinischer Versorgung und Nahrungsmitteln umfasst.

Die Würde von Menschen, die von HIV und AIDS betroffen sind, und ihr Schutz vor Stigmatisierung und Diskriminierung haben Priorität. Frauen und Mädchen sind am häufigsten und am schwersten betroffen, deshalb fordert der LDS, frauenspezifische Methoden in staatliche HIV und AIDS-Programme aufzunehmen und das Recht auf Leben hervorzuheben.

Doo Aphane ist LDS-Direktorin.



Doo Aphane.
© LED Swasiland



Kanadische Kirchen sind solidarisch mit indigenen Völkern

Wohl leben sie in einem der reichsten Länder der Welt und doch sind Angehörige der indigenen Völker in Kanada mit einem überdurchschnittlichen Mass an Armut und Gesundheitsproblemen konfrontiert und haben eine höhere Selbstmordrate, Arbeitslosenquote sowie einen höheren Anteil an Gefängnisstrafen als der kanadische Bevölkerungsdurchschnitt. Die Verwirklichung der Ideale der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht für sie noch aus.

Die offizielle kanadische Royal Commission on Aboriginal Peoples (RCAP) stellte 1996 fest, eine Verbesserung der Lebenssituation Indigener in Kanada setze voraus, dass ihre politische und wirtschaftliche Macht wieder hergestellt werde. Gewisse Stimmen aus dem Kreis der indigenen Völker und derer, die solidarisch mit ihnen sind, kritisieren, die kanadische Regierung setze eine Politik fort, die darauf abziele, die UreinwohnerInnen in der kanadischen Gesellschaft



Vorsitzender der kanadischen Assembly of First Nations (AFN - Versammlung der indigenen Bevölkerung), Phil Fontaine, im Mai 2008 in Fox Lake (Manitoba/Kanada). © AFN/B. Hendry

„aufgehen zu lassen“, also ihre Eigenständigkeit als Völker zu zerstören.

Die RCAP ruft dazu auf, neue Beziehungen zu den indigenen Völkern

aufzubauen und verweist auf die Kirchen als den Gesellschaftsbereich mit dem grössten Potenzial zur Förderung des Bewusstseins füreinander. Auf diese Herausforderung haben in Kanada die einzelnen Konfessionen jeweils individuell reagiert. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Kanada (ELKIK) beteiligt sich an KAIROS, einem landesweiten ökumenischen Aktionsbündnis, das sich im In- und Ausland mit Gläubigen und anderen Engagierten für gesellschaftlichen Wandel einsetzt.

Ein Beitrag von Ed Bianchi, er koordiniert für KAIROS ein Programm zur Stärkung der Rechte der indigenen Bevölkerung, sowie Carl Rausch, er vertritt die ELKIK bei KAIROS im Ausschuss für die Rechte der indigenen Völker.



Ed Bianchi. © Kairos Canada

Indische Frauen kämpfen gegen Verletzungen ihrer Rechte

Die christliche Antwort auf die Verletzung von Menschenrechten ist am klarsten in der Menschenrechtserklärung formuliert. Die Prinzipien der Nächstenliebe, der gottgegebenen Würde eines jeden Menschen und der Einheit von Freiheit und Dienst finden unverfälschten Ausdruck in den Artikeln der Menschenrechtserklärung. Sowohl in den ländlichen Regionen, als auch in den Städten Indiens wird der Ruf nach Gerechtigkeit, Gleichbe-

handlung und Frieden laut, da Terrorismus und Gewalt nach wie vor Leben zerstören.

Die Migration armer Frauen vom Land in die Grossstädte, fehlende Bildung, Menschenhandel und Zwangsarbeit, Verheiratung von Kindern, sexuelle Belästigung und sexueller Missbrauch – all dies trägt zu einem erhöhten Ansteckungsrisiko vieler Frauen mit dem HI-Virus bei.



Dr. Sarada D. Karnatakam. © Privat

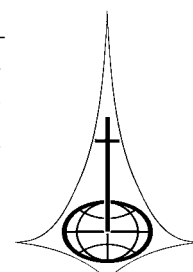
In einem Land, in dem Ungleichheit und soziale Ausgrenzung Frauen und Kinder zwingen, in elender Armut zu leben, gilt häusliche Gewalt als Ursache für den Tod bzw. Suizid vieler Frauen.

Teile Indiens leiden unter der brutalen Gewalt von *Hindutva*-ExtremistInnen [hinduistisch-nationalistische Gruppierungen] und den von ihnen betriebenen ethnischen Säuberungen an ChristInnen. Religiöse FanatikerInnen üben Brandstiftung, töten und vergewaltigen ChristInnen und zerstören Kirchen und Wohnhäuser. Aber es gibt Hoffnung: Die Armen werden sich ihrer Situation immer mehr bewusst. Arme Frauen in Indien bilden Selbsthilfegruppen und kämpfen gegen die Verletzung ihrer Rechte.

Die ehemalige Beraterin des LWB-Rates Dr. Sarada Devi Karnatakam aus Indien arbeitet zusammen mit Nichtregierungsorganisationen an Initiativen zur Armutsüberwindung und setzt sich z.B. für die Selbstbestimmung weiblicher Dalits ein.



AusbilderInnen schildern das Leiden der Dalits in einem Theaterstück in einem Dorf südlich von Channai (Indien). © ÖRK/P. Williams



„UNSERE MENSCHENRECHTE GIB UNS HEUTE“

Man kann sich fragen, ob Martin Luther die Verbreitung von allgemeinen Menschenrechtsstandards vorhergesehen hat, dies gilt vor allem im Blick auf die erstaunlichen Parallelen zwischen seinen Ausführungen zur vierten Bitte des Vaterunsers und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Der folgende Hauptartikel und die Reaktionen zeigen, wie eng die Verbindung ist zwischen dem Grundstein der modernen Menschenrechtsgesetzgebung und der Vorstellung von Menschenwürde, wie sie im christlichen Glauben und dem lutherischen Erbe verankert ist.

Martin Luther und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Anlässlich des 60. Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) fragen wir LutheranerInnen uns vielleicht, wie sich dieses moderne Dokument zu unserer theologischen Tradition verhält. Einige mögen Luthers Sichtweisen als rückschrittlich abtun, ein genauerer Blick in eine der wichtigsten Bekenntnisschriften des Luthertums, den Grossen Katechismus, wird dies jedoch widerlegen. Vor allem in seinen Ausführungen zur vierten Bitte des Vaterunsers erweist sich Luther nicht nur als Seelsorger, dem die Armen und Benachteiligten am Herzen liegen, sondern er legt auch politischen Scharfsinn an den Tag, wenn er gewisse strukturelle Probleme der damaligen Gesellschaft aufzeigt. Natürlich war Luther ein Kind seiner Zeit. Trotzdem war für ihn eine Regierung nur dann gut, wenn alle satt waren und auch den Armen angemessener Schutz zuteil wurde.

Unter den Verfassern der Menschenrechtserklärung war der lutherische Theologe Otto Frederick Nolde, Professor am Lutheran Theological Seminary in Philadelphia (USA) und Berater von Eleanor Roosevelt (First Lady der USA, 1933 bis 1945). Deshalb sollte es uns LutheranerInnen 60 Jahre später nicht überraschen, dass wir in dieser Erklärung Anklänge an die lutherische Theologie wiederfinden. Luthers Verständnis, dass eine gute Regierung ein Geschenk Gottes ist, würde allerdings auch die Ansicht rechtfertigen, dass diese Erklärung, die die Regierungen der Welt genehmigt und verkündet haben, auch ohne das Mitwirken eines lutherischen Theologen, von Gottes „linker Hand“ – um es mit Luthers Worten auszudrücken – kommen könne, solange sie nur



Während einer Versammlung im April 2008 in Manila (Philippinen) macht eine Demonstrantin die Regierung für die stark gestiegenen Lebensmittelpreise verantwortlich. © Reuters/R. Ranoco

Gottes guten Willen für seine gesamte Schöpfung bekräftigt.

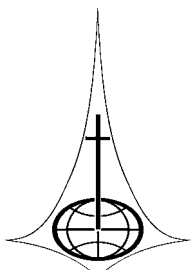
Luther hat die vierte Vaterunser-Bitte nicht von Anfang an als Bitte um das „tägliche Brot“ für den Körper im buchstäblichen Sinne verstanden. Bis 1526 folgte er der mittelalterlichen Sichtweise und verstand „tägliches Brot“ entweder als das geistliche Brot des Glaubens an Christus oder im Sinne des Abendmahls. Sein Verständnis änderte sich erst, als ihm überdeutlich wurde, dass Gott „zwei Hände“ hat: eine, um zu herrschen und in dieser Welt Ordnung zu halten, die andere, um durch die Vergebung in Christus die kommende Welt anbrechen zu lassen. In diesem Sinne wird in den ersten drei Bitten des Vaterunsers um die kommende, vom Glauben bestimmte Welt gebetet und in der vierten Bitte geht es um „den armen Brotkorb, das, was unser Leib und zeitliches Leben nötig

hat.“ (Der grosse Katechismus, „Das Vaterunser“, Abs. 783, nach: Horst Georg Pöhlmann (Bearb.), Unser Glaube, Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, Ausgabe für die Gemeinde, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1986, S. 713-716 [im Folgenden wird nur noch die Absatznummer genannt])

Luther war ganz sicher kein Demokrat und war überzeugt, dass diese Regierungsform nur Chaos gebären würde. Wenn man aber die offensichtlichen, in der Geschichte begründeten Unterschiede zwischen Luthers und unserer Zeit ausser Acht lässt, entdeckt man folgende Parallelen:

Beim **Beten um das tägliche Brot** reicht es nicht aus, um Nahrung und Kleidung (vgl. 1.Timotheus 6,8) und andere Notwendigkeiten des Lebens zu bitten, sondern wir müssen auch „in **Ruhe und Frieden** mit den Leuten auskommen, mit welchen wir leben und umgehen **beim täglichen Handel und Wandel** und in allerlei Beziehung“ (Abs.784). Auch in der Präambel der Menschenrechtserklärung werden wir angehalten, die Menschenrechte als „Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt“ zu schützen. Die AEMR verbindet die Menschenrechte also mit genau den Segnungen, die auch bei Luthers Interpretation der vierten Bitte des Vaterunsers im Mittelpunkt stehen.

„Und da **ist es wohl das Allernötigste, für die weltliche Obrigkeit** und [ihr] Regiment **zu bitten**; denn durch dieses erhält uns Gott unser täglich Brot und alle Annehmlichkeit unsres Lebens am allermeisten“ (Abs. 784). Mit diesen Worten stellt Luther die Verbindung her zwischen Zweck und Ziel weltlicher



tion und speziell über Philip Melanchthon und Martin Luther veröffentlicht.

Fazit:

Wie Prof. Wengert aufzeigt, bieten uns die lutherische Theologie – und das Erbe von Luthers Schriften – einen unerlässlichen Rahmen für das Verständnis der Menschenrechte und für unseren Umgang mit der Menschenrechtserklärung als dem grundlegenden Instrument der modernen Menschenrechtsnormen. Die Parallelen zwischen Luthers Ausführungen zur vierten Vaterunser-Bitte und dem Menschenrechtskatalog der AEMR sind verblüffend. Hat Luther die Entstehung allgemeiner Menschenrechtsstandards vorhersehen können? Dies scheint unwahrscheinlich, wenn man den Kontext seiner Zeit bedenkt und sich andere Einstellungen Luthers vor Augen führt, die man heute nicht als mit den Menschenrechten vereinbar sehen würde.

Die Parallelen zwischen Luthers Ausführungen zum Inhalt der vierten Vaterunser-Bitte und der AEMR zeigen jedoch, dass die Menschenrechte Rechtsgrundsätze enthalten, die das gleiche Verständnis der Menschenwürde wahren sollen, wie es auch unser christlicher Glaube und unsere grundlegendste Tradition, unser fundamentales Erbe als LutheranerInnen vorgibt. Das 60. Jubiläum der AEMR bietet nicht nur einen guten Anlass, sich erneut auf den Einsatz für die Menschenrechte und ihren Schutz zu verpflichten, sondern auch – und das ist noch wichtiger – die Grundsätze unseres Glaubens wiederzuentdecken, in denen diese Verpflichtung wurzelt.

Peter N. Prove, Assistent des LWB-Generalsekretärs im Bereich Internationale Angelegenheiten und Menschenrechte.

Obrigkeit und dem Grundrecht auf ein Leben ohne Mangel. Die AEMR fasst zusammen, was die vierte Bitte des Vaterunsers nach Luthers Verständnis erfordert: die Zusicherung der Regierungen, für das tägliche Brot (vor allem Art. 17, 22 und 23) und die „Annehmlichkeiten“ des Lebens (vor allem Art. 3: „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“) zu sorgen.

Der zentrale Stellenwert, den eine gute Regierung innehat, wenn es um die Versorgung aller mit dem täglichen Brot geht, bewegt Luther zu der doch recht kreativen Aussage, das Wappen eines jeden frommen Fürsten solle ein Brotlaib schmücken, „um sowohl [die Fürsten] wie die Untertanen daran zu erinnern, dass wir **durch ihr Amt Schutz und Frieden haben**“ (Abs. 785). Auch in der AEMR geht es in fast allen Artikeln um die Verantwortung der Regierungen, den BürgerInnen ihres Landes diesen Schutz und Frieden zu garantieren. So verbietet sie zum Beispiel Sklaverei oder Leibeigenschaft (Art. 4), Folter (Art. 5), willkürliche Festnahme (Art. 9), Eingriffe in die Familie (Art. 12) und Diskriminierung (Art. 23). Zusätzlich enthält die AEMR eine lange Reihe von Rechten, wie zum Beispiel den gleichen Schutz durch das Gesetz (Art. 7), das Recht auf Freizügigkeit und Asyl (Art. 13 und 14), die Versammlungsfreiheit (Art. 20), das Recht auf Arbeit sowie auf Erholung und Freizeit (Art. 23 und 24) und das Recht auf Bildung (Art. 26; vgl. Der Grosse Katechismus, „Die Zehn Gebote“, Abs. 655).

Die vielleicht deutlichste Übereinstimmung zwischen Luthers Ausführungen zur vierten Bitte des Vaterunsers und der AEMR ist in Artikel 25 der Menschen-

rechtserklärung zu finden: das **Recht auf einen angemessenen Lebensstandard**. Artikel 25 der AEMR enthält eine lange Reihe von Dingen, die wir zum Leben brauchen. In ähnlicher Weise enthält die vierte Vaterunser-Bitte nach Luthers Auffassung auch die Bitte um „Essen und Trinken, Kleider, Haus und Hof und gesunden Leib“ (Abs. 786) sowie fromme Familienmitglieder und Erfolg in Arbeit und Beruf. Des Weiteren ist der Segenswunsch für die Herrschenden nicht nur mit der Bitte um Schutz vor Angreifern von aussen (die türkische Armee erreichte 1529 Wien) verbunden, sondern auch mit der Bitte um eine gute Regierung und darum, Gott „möge den Untertanen und dem gemeinen Haufen Gehorsam schenken und dass sie in Frieden und Eintracht miteinander leben“ (Abs. 786). Gleichzeitig ist sich Luther aber bewusst, dass, angesichts der ständigen Angriffe des Teufels auf Körper und Seele, ohne Gottes Schutz nichts gedeihen kann und dass die Menschen zu seinen Lebzeiten (und, wie die Menschenrechtserklärung zeigt, auch heute noch) „nach ihrem Mutwillen die liebe Armut drücken und ihr das tägliche Brot entziehen“ (Abs. 788).

Genau wie die AEMR diejenigen verurteilt, die diese allgemein gültigen Rechte verletzen, droht Luther schliesslich den Unterdrückern, sie liefen Gefahr, dass sie „die Fürbitte der Gemeinde verlieren“ (Abs. 788) und diese vierte Bitte sich gegen sie kehrt.

Prof. Timothy J. Wengert ist Inhaber des Ministerium of Pennsylvania-Lehrstuhls für die Geschichte des Christentums am Lutheran Theological Seminary in Philadelphia (USA). Er hat zahlreiche wissenschaftliche Publikationen und Artikel über die Reforma-



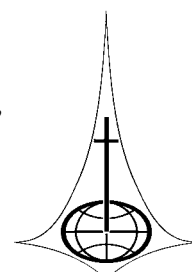
Prof. Timothy J. Wengert.
© Privat

Luthers Ausführungen: ein „aufrüttelnder Weckruf“

Stellen Sie sich einen Dialog zwischen Martin Luther, mit seinen Ausführungen zur vierten Bitte des Vaterunsers, und VerfechterInnen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vor. Diese Vorstellung macht mich als lutherische Christin und US-Bürgerin sehr

nachdenklich. Meinem Land ist es allzu leicht gefallen, die sogenannte „erste Generation“ der Menschenrechte (die politischen und bürgerlichen Rechte in den Artikeln 3 bis 21 der Menschenrechtserklärung) mit Genugtuung zu begrüssen, während es den wirtschaft-

lichen und sozialen Rechten (Artikel 22 bis 27, Menschenrechte der „zweiten Generation“) einen weit geringeren Stellenwert beimisst. So können wir den Anspruch erheben, ein Staat zu sein, der sich für die Menschenrechte engagiert, und gleichzeitig eine Wirtschaftspolitik





Weisser Mais ist das Hauptnahrungsmittel – das tägliche Brot – in grossen Teilen im südlichen Afrika.
© LWB/AWD-Mosambik/N. Ismail

betreiben, die die Kluft vertieft zwischen denen, die zu viel besitzen, und denen, denen es am Notwendigsten fehlt, um in Würde leben zu können.

Luther würde sich angesichts dieser Umkehr seiner Schwerpunktsetzung „im Grabe umdrehen“. Dass ChristInnen für eine gute Regierung (oder in der Sprache des 20. und 21. Jahrhunderts, für bürgerliche und politische Rechte) beten sollen, fordert er hauptsächlich, weil „uns Gott [durch sie] unser täglich Brot und alle Annehmlichkeit unsres Lebens am allermeisten“ erhält. Luther betont, dass eine gute Regierung un-

erlässlich sei, um für „tägliches Brot“, „Essen, Trinken, Kleider, ..., Haus, Hof, ..., Gesundheit“ und so weiter zu sorgen. Damit hinterfragt er die Tendenz meiner Gesellschaft, mit Stolz auf die bürgerlichen und politischen Rechte zu blicken und gleichzeitig die wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu ignorieren.

Luther hinterfragt mit seinen Ausführungen zur vierten Vaterunser-Bitte auch eine andere Versuchung, der wir ChristInnen



Dr. Cynthia Moe-Lobeda. © Privat

in der nördlichen Hemisphäre leicht erliegen: Almosen zu geben ohne wirtschaftliche Gerechtigkeit. Luther widerspricht der Neigung, in Form von Almosen das wirtschaftlich Notwendige zu geben, ohne sich dabei die wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung, die die Armen arm macht, zu hinterfragen. Er ermahnt uns, zu beten, „um Abwendung von allem, was ... hindert“, dass die Menschen „das tägliche Brot ... bekommen“.

Die Ausführungen Luthers sind ein aufrüttelnder Weckruf an Regierungen und AkteurInnen der Wirtschaft, die die wirtschaftlichen und sozialen Rechte verletzen oder ignorieren und gleichzeitig selbstgerecht auf die politischen und bürgerlichen Rechte verweisen. Sie hinterfragen all jene, die zwar bereit sind, den Verarmten Brot zur Verfügung zu stellen, aber die „Beschwerung und

Preisaufschläge“ nicht antasten, die ihnen „das tägliche Brot entziehen“.

Dr. Cynthia Moe-Lobeda ist international als Dozentin und Beraterin für Theologie und Ethik tätig. Sie gehört zum wissenschaftlichen Stab der Abteilung für Theologie und Religionswissenschaft der Universität Seattle, USA.

Martin Luther, das Recht auf Nahrung und die Rechte der Dalits

„Denn wenn du ‚tägliches Brot‘ sagst und darum bittest, so bittest du um alles, was dazu gehört, um das tägliche Brot zu bekommen und zu geniessen; und andererseits bittest du auch um Abwendung von allem, was das hindert.“

Martin Luthers Ausführungen zur vierten Vaterunser-Bitte enthalten das Wesentliche: Bitte um Brot, genieße es und wende dich gegen alle Kräfte, die die Vision vom Brot für alle verzerren wollen! Diese radikalen Worte eignen sich hervorragend als Denkanstoss zum 60. Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechtserklärung.

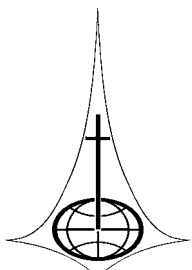
Die Worte Martin Luthers kommen praktisch einer Erklärung des Rechts auf Nahrung gleich. Luther legt Verständnis nicht nur für den Inhalt dieses Grundrechts, sondern auch für die Art und Weise, wie es zu



Rund 7.000 Menschen leben in diesem Slum am Ende der grössten Start- und Landebahn des International Airports in Neu-Delhi (Indien); die meisten von ihnen sind Dalits und Angehörige ethnischer Gemeinschaften. © ÖRK/P. Williams

schützen ist, an den Tag. Er verweist auf Situationen, in denen um Nahrung gekämpft werden muss, und spricht

in diesem Zusammenhang von „Unfriede, Hader und Krieg“, wo es an Brot fehlen kann. Er betont nicht nur



die Verantwortung des Staates, dieses Recht zu schützen, sondern auch dafür, ein Umfeld zu schaffen, das seiner Verwirklichung förderlich ist. Wo liegt nun der Zusammenhang mit den Rechten der Dalits, oder vielmehr: den ihnen vorenthaltenen Rechten? Trotz der Menschenrechtserklärung, der vielfältigen Regelungen in der indischen Verfassung und der Gesetzgebung, die die Rechte der Dalits schützen, und trotz der Abschaffung einiger der schlimmsten Praktiken der Unberührbarkeit, werden etwa 170 Millionen Dalits auch heute noch zu Opfern alter und neuer Formen der Ausgrenzung. Sie werden weiterhin diskriminiert und aufgrund ihrer Kastenzugehörigkeit ausgegrenzt, ihnen werden auf dem öffentlichen Arbeitsmarkt und in der Bildung Chancen verweigert, sie sind organisierter struktureller wie körperlicher Gewalt

ausgesetzt. Immer noch gehören sie in Indien zu den Ärmsten der Armen, werden gesellschaftlich ausgegrenzt und wirtschaftlich ausgebeutet.

Der Gedanke des täglichen Brotes bzw. des Rechts auf Nahrung für die Dalits ist in einem wirtschaftlichen Zusammenhang und Produktionskontext zu sehen, in dem es in Schuldknechtschaft und Zwangsarbeit lebenden Menschen am Mindeststandard von Wohnraum, sanitären Anlagen und medizinischer Versorgung mangelt, kein Kapital vorhanden ist, sie als nicht kreditwürdig gelten, niedrige Löhne erhalten und mehrheitlich nicht über Grundbesitz verfügen.

Martin Luther will uns aufrütteln, ein System, das das Grundrecht der Dalits

auf Nahrung und Würde stärkt, sowie Mechanismen anzustreben, die dieses Grundrecht schützen. Ausweiten liesse sich das Prinzip mit der Aufforderung, die Verantwortung hierfür auf nationaler als auch auf internationaler Ebene nicht länger als Option, sondern als unveräusserliche Pflicht zu betrachten.

Die Menschenrechtserklärung ist ein wesentlicher Schlüsselmechanismus, der dazu dient, die Grundrechte und -freiheiten der Dalits und anderer Gruppen zu schützen und zu verwirklichen sowie Regierungen in die Verantwortung zu nehmen.

Der indische Theologe und Kommunikationsfachmann Pfr. Chandran Paul Martin ist Stellvertretender LWB-Generalsekretär.



*Pfr. Chandran P. Martin.
© LWB/H. Putsman*

Frauen weltweit beten für Würde und Rechte

„60 Jahre nach der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) sind Frauen in aller Welt immer noch unverhältnismässig stark von Gewalt und Diskriminierung betroffen. Zwar sind in der AEMR mit der Erklärung ‚Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren‘ und der Forderung, dass die Menschenrechte für alle Menschen ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Geschlecht, gelten müssen, weit reichende Grundsätze der Menschenwürde verankert, aber diese Rhetorik ist noch nicht in vollem Masse umgesetzt worden“ (Kampagne „Every Human has Rights“ [Jeder Mensch hat Rechte], 2008, www.everyhumanhasrights.org).

Inmitten von Armut, Hunger, Analphabetentum, HIV und AIDS sowie Kriegen und Konflikten werden die Rechte von Frauen und Mädchen auch heute noch stärker verletzt als die von Männern und Jungen. Die systematische Diskriminierung von Mädchen und Frauen in den ärmsten Ländern der Welt wird, laut einem 2008 veröffentlichten Bericht der Hilfsorganisation ActionAid, verhindern,



*Nyaradzayi Gumbonzvanda.
© Weltbund der CVJF*



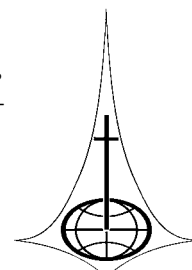
Ein Gruppe von Frauen in Swasiland; das Gebet der Frauen für das tägliche Brot ist Teil ihres Lebens als Frau, geprägt von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung. © LWB/LED Swasiland

dass die Vereinten Nationen ihr Ziel der Armutslinderung erreichen werden.

Der Weltbund Christlicher Vereine junger Frauen (World YWCA) hat in den mehr als 155 Jahren seines Bestehens den täglichen Gebeten von Frauen für Gerechtigkeit, Rechte, Gesundheit und Wohl der Menschen gelauscht und gehandelt. Sein menschenrechtsbasierter Ansatz betont die Verantwortung von Regierungen und anderen staatlichen Behörden für die Gewährleistung der Rechte

von Frauen, Männern und Kindern. Heute, da wir den 60. Jahrestag der Menschenrechtserklärung feiern und uns die Lehren Martin Luthers ins Gedächtnis rufen, beten wir dafür, dass unsere Regierungen verantwortlich handeln und dass sie vor allem die erforderlichen praktischen Massnahmen ergreifen, um der Diskriminierung von Frauen und Mädchen ein Ende zu setzen. Die Menschenrechte müssen realisiert und mit Leben erfüllt werden.

Nyaradzayi Gumbonzvanda ist Generalsekretärin von World YWCA, Rechtsanwältin und Aktivistin für Frauenrechte und Frieden in Gerechtigkeit.



AUSGEWÄHLTE BEITRÄGE DES LWB ZUM THEMA MENSCHENRECHTE

Online

Alle Links zu den folgenden (englischsprachigen) Artikeln finden Sie unter: www.lutheranworld.org/LWI-UDHR60.html

In dem englischsprachigen Artikel „Theology and Human Rights. The Work of the Lutheran World Federation“ (Theologie und Menschenrechte. Die Arbeit des Lutherischen Weltbundes) in der vom Reformierten Weltbund herausgegebenen Publikation „**Reformed World**“ (Ausgabe 48, No. 3, September 1998) beschreibt der lutherische Theologe Jan-Olav Henriksen aus Norwegen die Arbeit des LWB zum Thema theologisches Verständnis und Interpretation von Menschenrechten während und nach der Fünften LWB-Vollversammlung 1970 in Evian (Frankreich).

„**Thinking It Over...**“ ist eine Serie von zumeist englischsprachigen Broschüren mit theologischen Gedanken zu zeitgemässen Veränderungen. Diese werden von der LWB-Abteilung für Theologie und Studien (ATS) erarbeitet und sind auf der LWB-Webseite zu finden. Kürzlich wurden unter anderem veröffentlicht:

„**Why a Faith Basis for Human Rights Matters?**“ (Warum eine religiöse Sichtweise der Menschenrechte wichtig ist) von Pfarrerin Dr. Karen L. Bloomquist, Direktorin der LWB-Abteilung für Theologie und Studien, Broschüre Nr. 16, Juni 2007

und „**Human Dignity Comes before Values**“ (Menschenwürde ist wichtiger als Werte) von Dr. Hans-Peter Grosshans, ehemaliger ATS-Studienreferent für Theologie und die Kirche, Broschüre Nr. 17, Oktober 2007

Erklärungen und Vorträge von LWB-Generalsekretär Pfr. Dr. Ishmael Noko:

„**After Durban: Facing the Challenges of Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance**“ (Nach Durban: Stellen wir uns den Herausforderungen

Rassismus, Rassendiskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und ähnlichen Intoleranzen), 9. September 2001.

„**Human Rights in the Context of Globalization**“ (Menschenrechte in Zeiten der Globalisierung), 20. November 2001.

„**50th Anniversary of the Universal Declaration of Human Rights**“ (50-jähriges Bestehen der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte), 10. Dezember 1998.

„**International Human Rights Day 2007** (Internationaler Tag der Menschenrechte 2007), 10. Dezember 2007.

„**An Indigenous Communion**“ (Eine indigene Gemeinschaft). Bericht der LWB-Konsultation über die Anliegen der indigenen Völker, 20. bis 24. September 2006, Karasjok (Norwegen).

„**Protecting Human Dignity – How to Work Effectively for Justice and Peace**“ (Schutz der Menschenwürde – Erfolgreich für Gerechtigkeit und Frieden arbeiten). Bericht eines vom LWB mitveranstalteten Workshops, 7. bis 13. Mai 2007, Bali (Indonesien).

„**Diversity within Communion**“ (Vielfalt innerhalb einer Gemeinschaft). Erklärung der regionalen LWB-Konsultation in Asien über die Rechte indigener Völker, 6. bis 8. November 2007, Kota Kinabalu (Malaysia).

Druckversionen

Erhältlich bei der LWB-Abteilung für Theologie und Studien:

Viele Fragen zum Thema Menschenrechte stellen sich in Verbindung mit den Herausforderungen der neoliberalen Globalisierung, die in folgendem Buch behandelt wird: „**Verantwortung füreinander – Rechenschaft voreinander, Neoliberale Globalisierung als Anfrage an die lutherische Kirchengemeinschaft**“ – LWB-Dokumentation Nr. 50, Karen L. Bloomquist (Hrsg.). Siehe insbesondere „Economic Globalization and Human Rights“ (Wirtschaftliche Globalisierung und Menschenrechte).

„**Lutheran Ethics at the Intersections of God’s One World**“ (Lutherische Ethik an den Weggabungen in Gottes einer Welt), Karen L. Bloomquist (Hrsg.), LWB-Studien (2005), beschäftigt sich mit der Vielfalt der Sichtweisen ethischer Fragestellungen innerhalb der lutherischen Gemeinschaft.

„**Glaube und Menschenrechte: Stimmen aus der lutherischen Gemeinschaft**“, Peter N. Prove (Hrsg.), LWB Dokumentation Nr. 51 (Stuttgart, Kreuzverlag, 2006)

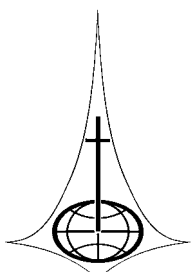
Bei der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) sind erhältlich:

„**Rights-Based Approach to Development from a Faith-Based Perspective**“ (An Rechten orientierter Ansatz für Entwicklung aus der Glaubensperspektive), 2008 verfasstes, gemeinsames Grundsatzpapier des Europäischen Verbandes protestantischer Entwicklungsorganisationen.

„**Uphold the Rights of the Poor and Oppressed, LWF/DWS Global Strategy 2007-2012**“ (Verschafft Recht den Armen und Unterdrückten, Strategieplan der LWB-Abteilung für Weltdienst 2007 bis 2012) beschreibt die Bedeutung einer an den Menschenrechten orientierten Sichtweise und den an den Menschenrechten orientierten Ansatz für Entwicklung als strategische Herangehensweise.

„**Guidelines for Advocacy, LWF Department for World Service**“ (Leitlinien für Anwaltschaft, die LWB-Abteilung für Weltdienst). Der Strategieplan der LWB-Abteilung für Weltdienst legt den Fortschritt bei den Menschenrechten der vertriebenen und an den Rand der Gesellschaft gedrängten Menschen und die Versöhnung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene als weitere wichtige Themen fest.

„**Leitlinien für eine nachhaltige Entwicklung**“ – Die Leitlinien aus dem Jahr 2000 beschreiben die Verbindung von Menschenrechten und Anwaltschaft und erläutern, an welchen Stellen Anwaltschaft genutzt werden kann.



In den folgenden Artikeln berichten Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt, in denen der LWB Projekte unterstützt, von ihren Erfahrungen mit den Bemühungen um das Recht auf Nahrung, der Begleitung und dem Schutz von Asylsuchenden, der Intervention für Sicherheit und Frieden sowie der Aufklärung über die Rechte von Frauen.

Subventionsprogramm erhöht Nahrungsmittelsicherheit in Malawi

Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) aus dem Jahr 2005 über die menschliche Entwicklung stuft Malawi auf Rang 165 von 177 Ländern ein. UN-Schätzungen besagen, dass die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren in dem südafrikanischen Land von chronischer Mangel- und Unterernährung betroffen ist. Mehr als zehn Prozent der 13,6 Millionen EinwohnerInnen Malawis – etwa 1,6 Millionen Menschen – leiden täglich Hunger. Die Lebenserwartung ist auf nur 40 Jahren gesunken, hauptsächlich durch die hohe HIV-Rate bei den 15- bis 49-Jährigen (11,9 Prozent).

Armut bleibt die schwerwiegendste und am weitesten verbreitete Verletzung der Menschenrechte – 65 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Armut und Unterentwicklung verschärfen Missbräuche, Vernachlässigung und Diskriminierung, hindern Millionen Menschen an der Wahrnehmung ihrer bürgerlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte und letztlich auch ihres Rechts auf Entwicklung.

Kleinbäuerliche Haushalte vor allem in den ländlichen Gebieten, wo ein Grossteil der Bevölkerung lebt, produzieren etwa 80 Prozent der im Land konsumierten Nahrungsmittel. Während die meisten kleinbäuerlichen Betriebe nur geringe Erträge erwirtschaften, da die Fruchtbarkeit der Böden abnimmt und sie keinen Zugang zu Düngemitteln haben, erhöht die schlechte Infrastruktur die Gefährdung durch Dürren und Überschwemmungen. Das Wachstum im Agrarsektor ist nur durch den Anbau von Tabak, Tee, Baumwolle und Zucker in grossen kommerziellen Betrieben möglich.

Die Dürre im Jahr 2002 verursachte, verschärft durch die mangelhafte



Ein landwirtschaftliches Projekt des Evangelisch-Lutherischen Entwicklungsdienstes (ELED) in einem Dorf nahe Malirana (Zentral-Malawi). © LWB/AWD/F. Orth

Verwaltung strategischer Getreidereserven, die schlimmste Hungersnot seit 50 Jahren. Am Höhepunkt der Krise waren in Malawi drei Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Im Jahr 2005 war Malawi mit einer erneuten Hungerkrise konfrontiert. Immer wieder gab es Berichte von Menschen, die höchstens eine Mahlzeit pro Tag erhielten. 2006 berichtete das Welternährungsprogramm, an zwei Millionen der insgesamt 4,8 Millionen Menschen, die Nahrungsmittelhilfe benötigten, seien gezielt Nahrungsmittel verteilt worden.

Rekordernte

Dann produzierte das Land 2006 und 2007 mehr Mais, als es der landesweite Bedarf erforderte! Diese Rekordernten wurden möglich durch das 2005 initiierte Subventionsprogramm der Regierung für Düngemittel und Saatgut, das vom britischen Ministerium für internationale Entwicklung (DFID) mitfinanziert wurde. Etwa

zwei Millionen Haushalte konnten im Rahmen des Programms subventionierte Düngemittel kaufen und bei Saatgut Geld einsparen.

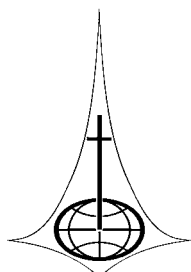
Seit Jahren waren Düngemittel für viele Bauern/Bäuerinnen unerschwinglich (ein Sack kostete circa 50 US-Dollar) und auf Kredit kaufen, war für die Bauern/Bäuerinnen ein zu grosses Risiko, da sie nur schlechtes Saatgut hatten und sich nicht darauf verlassen konnten, dass es ausreichend regnen würde. Durch die staatlichen Subventionen wurde Düngemittel 80 Prozent günstiger und Hybridsaatgut sank von 600 *kwacha* (4 USD) pro Sack auch 30 *kwacha* (20 Cent) (Quelle: www.africafiles.org)

So wurde im Anbaujahr 2006/2007 eine grössere Fläche als in den Jahren

zuvor mit verbesserten Maissorten bebaut und es konnten zusätzliche 200.000 Tonnen Mais geerntet werden. Durch das jetzt wesentlich höhere Maisangebot verbessert sich der Zugang der Ärmsten in den ländlichen Gebieten zu Nahrungsmitteln und die niedrigeren



Francis Ngopola. © Privat



Nahrungsmittelpreise bringen höhere Realeinkommen für die Haushalte, insbesondere in der ärmsten Bevölkerungsschicht.

Das Subventionsprogramm fand breite Unterstützung, auch bei den politischen Parteien, was in diesem

politisch gespaltenen Land selten ist. Besonders wichtig erscheint, dass die Regierung entschlossen ist, auch in den nächsten Jahren ein Subventionsprogramm in den Mittelpunkt ihrer Strategie für Ernährungssicherheit zu stellen. Die Herausforderung ist jetzt

auf die Erfolge der letzten zwei Jahre aufzubauen.

Francis Ngopola ist Referent für Fundraising beim Evangelisch-Lutherischen Entwicklungsdienst (ELED), einem assoziierten Programm der LWB-Abteilung für Weltdienst in Malawi.

LWB strebt dauerhafte Lösungen für bhutanische Flüchtlinge in Nepal an

1991 kamen etwa 108.000 bhutanische Flüchtlinge, denen die bhutanische Regierung Staatsangehörigkeit und Bürgerrechte aberkannt hatte, nach Nepal. Seither suchen die Regierungen beider Länder nach einem Ausweg. Eine gemeinsame nepalesisch-bhutanische Arbeitsgruppe begann 2004 mit der Überprüfung der Flüchtlinge im Lager Khudunabari. Ein Fehler im Prüfprozess führte zu einer Auseinandersetzung und

dem vorzeitigen Ende des Prozesses.

Im März/April 2007 kündigte die US-Regierung Pläne zur Umsiedlung von 60.000 bhutanischen Flüchtlingen in die USA an. Als auch Australien, Dänemark, Kanada, Neuseeland, die Niederlande und Norwegen Interesse



Dhruba R. Pandit. © Privat

bekundeten, bhutanische Flüchtlinge aufzunehmen, wandte man sich verstärkt der dauerhaften Wiederansiedlung in Drittländern zu. Die meisten Flüchtlinge und ein Grossteil der sie begleitenden Organisationen betrachten dies als beste Möglichkeit. Der Lutherische Weltbund (LWB) sieht jedoch weiterhin sowohl eine Ansiedlung in Drittländern als auch eine Rückführung nach Bhutan als gangbare Lösungen.

Drittländer

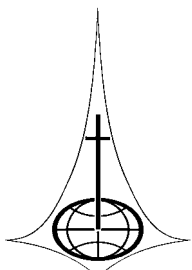
Die Umsiedlung der Flüchtlinge in Drittländer begann offiziell im Dezember 2007. Bis Ende 2008 werden über 8.000 Personen ausgereist sein. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) führte eine Erhebung und Registrierung durch und begann mit der Verteilung von Ausweisen an die Flüchtlinge. Nach der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit der nepalesischen Regierung richtete die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Damak (Ostnepal) ein Büro ein und begann einen Überprüfungsprozess.

Das Länderprogramm der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Nepal wird in enger Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem Welternährungsprogramm (WFP) die Auflösung der Lager durchführen.

Einige Flüchtlingsgruppen sind gegen das Umsiedlungsprogramm und äussern ihren Unmut öffentlich. Die Situation ist alles andere als befriedigend und bewaffnete Sicherheitskräfte sind inzwischen in allen Lagern präsent. In diesem Wandlungsprozess bemüht sich



Kinder in einem Flüchtlingslager, das Teil des Projekts für bhutanische Flüchtlinge des LWB/AWD-Nepal ist. © LWB/AWD-Nepal



LWB/AWD-Nepal nach Kräften, die Auswirkungen der Spannungen zwischen den Flüchtlingen und den umliegenden einheimischen Gemeinden abzumildern, anstatt lediglich Infrastrukturmassnahmen durchzuführen. Das Projekt des LWB für bhutanische Flüchtlinge führt Friedens- und Ver-

söhnungswrkshops für die Flüchtlinge durch und will zukünftig noch mehr Flüchtlingen berufliche Kenntnisse vermitteln, um ihnen mehr Eigenständigkeit zu ermöglichen.

Die gesamte Arbeit von LWB-Nepal mit den bhutanischen Flüchtlingen stützt sich auf einen Entwicklungsan-

satz, der die Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt und das Ziel verfolgt, Menschen dazu zu befähigen, durch eigene Anstrengungen ihre Rechte durchzusetzen.

Dhruva Raj Pandit koordiniert bei LWB/AWD-Nepal das Projekt für bhutanische Flüchtlinge.

Gemeinsam für Autonomie, Gerechtigkeit und bürgerliche Rechte

Die Menschenrechte sind eine Gabe Gottes, die der gesamten Menschheit gegeben ist. Sie schreiben einen Anspruch auf Gerechtigkeit fest, der über den Gesetzen und Bräuchen einzelner Gesellschaften steht. Dieser Anspruch erwächst aus unserem christlichen Glauben, dass „jeder Mensch... vor Gott gleichen Wert hat... [und] gleichermaßen Anspruch hat auf die Dinge und den Schutz, die er braucht, um in einer sinnerfüllten Beziehung zu Gott und seinen Nächsten zu leben.“ Auszug aus der Sozialerklärung der Lutherischen Kirche in Amerika (LKA), einer Vorgängerorganisation der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika (ELKA).

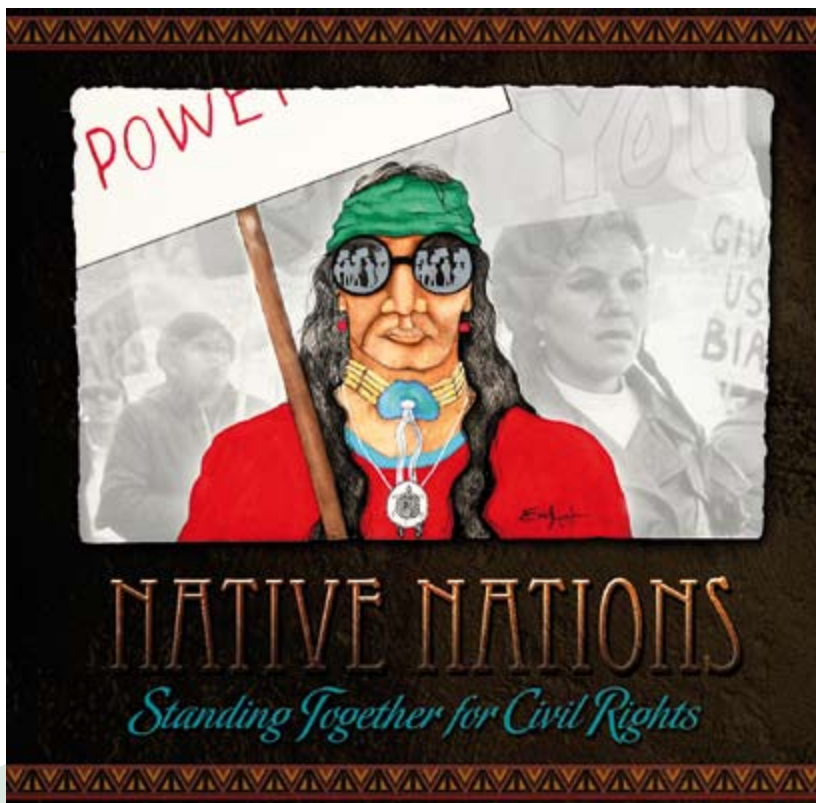
Im Rahmen ihres Engagements für eine verstärkte Achtung der Menschenrechte in den USA unterstützt die ELKA seit langem das Ringen der indigenen Bevölkerung in Nordamerika.

„Verletzen die Vereinigten Staaten systematisch die Menschenrechte einiger ihrer BürgerInnen?“ Diese Frage stellt ein im „Journal of Lutheran Ethics“ veröffentlichter Artikel, der die Geschichte von David Sohapp erzählt. Der 61-Jährige ist Mitglied der indigenen Bevölkerung in den USA. Im August 1986 wurde er aufgefordert, eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren anzutreten, weil er im Fluss Columbia River Lachse „gewildert“ habe. Und das, obwohl die USA dem Volk der Yakima die Fischereirechte für den Fluss garantiert hatten.

„Wäre David Sohapp ein Weissler gewesen“, heisst es in dem Artikel, „hätte ihm für dieses angebliche Vergehen nur eine Geldbusse auferlegt werden dürfen. Aber gemäss



Miriam R. Prost. © Privat



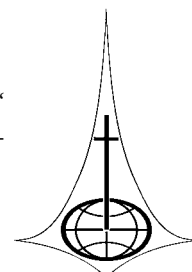
Plakat für den ELKA-Dokumentarfilm „Native Nations: Standing Together for Social Rights“. © ELKA/Native Nations

einem besonderen Bundesgesetz, das nur auf die Reservate der indigenen Bevölkerung anwendbar ist, wurde er einer kriminellen Handlung für schuldig befunden... Und seine Geschichte ist kein Einzelfall. Gegenwärtig leben in den USA nur noch 1,5 Millionen Nachfahren der indigenen Völker Nordamerikas – stummes Zeugnis der 400 Jahre andauernden Missachtung und Brutalität der weissen EroberInnen. Die USA haben sich zwar vertraglich verpflichtet, die Landrechte der indigenen Bevölkerung zu achten und medizinische Versorgung, Wohnraum, Bildung und weitere Leistungen für sie bereitzustellen, sie ignorie-

ren jedoch nach wie vor diese Verträge und die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung.“

Die „American Indian and Alaska Native Ministries“ (Seelsorgebereich indigene Bevölkerung Amerikas und Alaskas) der ELKA haben in Zusammenarbeit mit dem Medien- und Technologienetzwerk der indigenen Bevölkerung kürzlich einen historischen Dokumentarfilm über zentrale Ereignisse im Bereich soziale Gerechtigkeit produziert, die im direkten Zusammenhang mit der Geschichte des von 1970 bis 1988 bestehenden „National Indian Lutheran Board“ stehen.

Unter dem Titel „Native Nations: standing Together for Social Rights“ (etwa: Indigene Bevölkerung – gemein-



sames Engagement für soziale Rechte) behandelt der Film das Ringen der US-amerikanischen indigenen Bevölkerung um soziale Gerechtigkeit im Zusammenhang mit medizinischer Versorgung, Wasserrechten, der Zerstörung von Stammesvölkern und der Umweltbelastung in den Reservaten. Er behandelt schwerpunktmässig die Bürgerrechtsbewegung der indigenen Bevölkerung in den 1960er bis 1980er Jahren, sowie die Kampagnen für

soziale Gerechtigkeit auf nationaler Ebene, die ein Umfeld schufen, in dem eine neue Beziehung zwischen den lutherischen Kirchen und der indigenen Bevölkerung entstand. „Native Nations“ erzählt die Geschichte des gemeinsamen Engagements für Autonomie, Gerechtigkeit und bürgerliche Rechte.

Detaillierte Informationen zum Schicksal von David Sohappay finden Sie in englischer Sprache unter:

<http://archive.elca.org/jle/article.jsp?k=329>

Für detaillierte Informationen zur Dokumentation „Native Nations“ (in englischer Sprache) siehe: www.elca.org/nativenations

Miriam Reidy Prost, ehemalige Internet-Redakteurin des Ökumenischen Rates der Kirchen, wirkte als Redakteurin bei dieser LWI-Sonderausgabe mit.

Schutz des Lebens und Sicherheit in Kolumbien

Kolumbien hat in den vergangenen 60 Jahren viele bewaffnete Konflikte und soziopolitische Unruhen durchlebt, die paradoxerweise mit dem Inkrafttreten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte begonnen haben. Die Auswirkungen dieser Konflikte auf Kolumbiens Zivilbevölkerung, auf den Schutz und die Garantie ihrer Grundrechte war verheerend.

Die Regierung, die 2002 an die Macht kam, führte eine „Demokratische Sicherheitspolitik“ ein, die auf der gemeinsamen Verantwortung des Staates und der BürgerInnen für die Sicherheit basiert. Unzählige wirtschaftliche, politische und soziale Erfolge sind dieser „Strategie der starken Hand und des grossen Herzens“ zugerechnet worden, wie z.B. der Rückgang von Tötungsdelikten und Entführungen (nach offiziellen Angaben), die angebliche

Auflösung paramilitärischer Gruppen, der Rückgang von Militärschlägen gegen die Guerilla und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den letzten sechs Jahren. Aber ungeachtet dieser Erfolge, gibt es in Kolumbien nach wie vor systematische und generalisierte Menschenrechtsverletzungen. Die vom gegenwärtigen Präsidenten verantwortete staatliche Politik begünstigt ausschliesslich jene Sektoren der Gesellschaft, die über wirtschaftliche Macht verfügen, und geht in vielen Fällen mit Einschränkungen verfassungsmässiger Garantien und Freiheiten einher.

Nach Angaben nichtstaatlicher Menschenrechtsorganisationen wurden in der Zeit von Juli 2002 bis Juni



Constanza Clavijo.
© LWB/AWD-Kolumbien

2007 mindestens 12.547 ZivilistInnen durch soziopolitische Gewaltakte getötet. Kolumbien steht bei der Zahl der Binnenvertriebenen mit mehr als vier Millionen entwurzelter Menschen traurigerweise an zweiter Stelle weltweit und die Tendenz ist steigend.

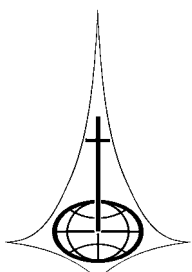
Immer noch greifen illegale bewaffnete Gruppen – Guerilla, paramilitärische Gruppen, Drogenbanden – mit gewaltsamen Mitteln Rechte und Freiheiten der Zivilbevölkerung an und verletzen humanitäres Völkerrecht. Die äusserst schwierige Lage hat die Vereinten Nationen und den Internationalen Strafgerichtshof dazu veranlasst, allein 2008 fünf ihrer höchsten BeamtInnen zur Beobachtung nach Kolumbien zu entsenden.

Mit dem Ziel, einen Beitrag zur Überwindung der sozialen und humanitären Krise in Kolumbien zu leisten, initiierte die LWB-Abteilung für Weltdienst Ende 2006 in Kolumbien ein Begleitprogramm mit dem Titel „Nachhaltige Entwicklung, Frieden und Menschenrechte“. Das Programm konzentriert sich auf die finanzielle Unterstützung und den Schutz von Frauen-, Jugend- und Bauernvereinigungen und Menschenrechtsorganisationen, die sich für besonders bedürftige und gefährdete Menschen in den Regionen Arauca und Chocó einsetzen.

Constanza Clavijo ist Projektreferentin im AWD-Länderprogramm in Kolumbien und begleitet Projekte im Departement Arauca.



Das LWB/AWD-Länderprogramm in Kolumbien unterstützt auch Menschenrechtsorganisationen, die sich für die schwächsten Mitglieder der kolumbianischen Gesellschaft einsetzen. Foto: Teilnehmende einer Demonstration für Menschenrechte 2008 in Arauquita (Kolumbien). © LWB/AWD/S. Nicholson



Mosambik: Wachsendes Bewusstsein für Frauenrechte macht Hoffnung

Das Länderprogramm der LWB-Abteilung für Weltdienst (AWD) in Mosambik betreibt drei grosse integrierte Projekte zur Stärkung von Gemeinwesen in verschiedenen Provinzen und ist in zwei Slums der Hauptstadt Maputo aktiv. Das Programm will arme Menschen dabei unterstützen, sich eine tragfähige Lebensgrundlage zu schaffen, ihnen den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung erleichtern und das Risiko verringern, dass sie sich mit dem HI-Virus infizieren.

Mosambik verfügt über viele fortschrittliche Gesetze – zu Themen wie familiäre Beziehungen, häusliche Gewalt, Landrechte, Zugang zu Bildung und die Nichtdiskriminierung von HIV-Betroffenen – die ausdrücklich die Rechte von Frauen schützen. Aber soziale Normen vor Ort und fehlendes Wissen hindern Frauen und Mädchen daran, diese gesetzlich verbrieften Rechte in Anspruch zu nehmen.

Jedes Jahr nehmen Tausende Frauen und Mädchen in den Projektgebieten von AWD-Mosambik an informellen Bildungs- und Aufklärungsangeboten zum Thema Frauenrechte teil. Auch Männer, insbesondere diejenigen, die in den Gemeinwesen leitende Funktionen wahrnehmen, sind beteiligt, da echte Veränderungen in den Gemeinwesen nur mit ihrer Kooperation und der Unterstützung stattfinden können. Die Wirkung dieser Arbeit wird in den folgenden Berichten von LWB/AWD-Vertreter Jean L. Mutamba deutlich.

Tatkräftige Unterstützung

Regina, Menschenrechtsreferentin von AWD-Mosambik, wurde selbst Opfer von Unrecht. „Als ich 1991 zu arbeiten begann, starb mein Mann. Wir hatten ein einjähriges Kind“, erzählt sie. „Die Familie meines Mannes nahm uns alles. Ich war mit meinem Kind allein. Vergeblich habe ich sie gebeten, ein Einsehen zu haben. Ich wusste nicht,



Jean L. Mutamba.
© LWB/H. Putsman



Frauen nehmen an einer Unterrichtsstunde für Erwachsene in der Provinz Tete im nordwestlichen Mosambik teil.
© LWB/AWD/J. Eriksson

was ich tun sollte. Ich wollte Frauen dabei unterstützen, ihre Rechte durchzusetzen. 1998 starteten wir ein Projekt für die Menschenrechte und die Gesundheit von Frauen. Frauen leiden am schwersten und wissen oft nicht, wie sie ihre Rechte einfordern können.“

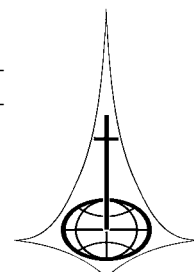
Marias Mann war HIV-positiv. Er hatte sich schon testen lassen und war in Behandlung, verheimlichte das aber seiner Frau. Als sie sehr krank wurde, forderte er sie auf, einen Test zu machen. Zunächst wehrte sie ab und fragte: „Warum willst du, dass ich das mache?“ Ihr Mann bat das medizinische Personal, ihr die Testergebnisse nicht mitzuteilen.

Schliesslich machte sie den Test und ihr wurde klar, was ihr Mann getan hatte. Dann verliess er sie. Maria wurde arbeitslos und konnte ihre Medikamente nicht bezahlen. Die LWB-MitarbeiterInnen halfen ihr, Medikamente und zusätzliche nährstoffreiche Lebensmittel zu bekommen. „Mit unserer Unterstützung konnte Maria ein neues Leben beginnen“, berichtet Regina. „Sie ging vor Gericht, was aber eine bittere Erfahrung war. Trotz aller Beweise, dass ihr Mann sie verlassen hatte und sie in keiner Weise unterstützt, schützt das Gesetz in Mosambik Frauen in solchen Fällen nicht.“

Seit 1998 hat sich das Projekt weiterentwickelt und den Gemeinwesen, in denen es aktiv ist, erhebliche Veränderungen gebracht. HIV und AIDS war lange Zeit ein Tabuthema. Die erste, die das Schweigen brach und Menschen dabei half, ihre Rechte einzufordern, leistete damit einen wesentlichen Beitrag.

Alice, eine der MultiplikatorInnen erzählt: „Als ich Beatrice, die LWB-Krankenschwester, kennenlernte, war ich sterbenskrank. Sie stand mir zur Seite und zeigte mir, wie ich mit meiner Krankheit positiv leben kann. Am schwersten leiden wir unter der Stigmatisierung und Ablehnung durch unsere Umgebung. Schliesslich habe ich verstanden, dass AIDS eine Krankheit ist, mit der ich leben kann und für die ich mich nicht schämen sollte. So fing ich an, über meine Krankheit zu sprechen, damit andere sich der Problematik bewusst werden. Als das Schweigen gebrochen war, begannen auch andere, über ihre Situation zu sprechen. Inzwischen kommen viele zu uns und reden über ihre Krankheit. Durch unsere Arbeit wird die Wiedereingliederung in die Gesellschaft leichter. Die Betroffenen erhalten antiretrovirale Medikamente, haben wieder Hoffnung und Frieden und leben ein positives Leben.“

Jean L. Mutamba ist LWB-Vertreter und Leiter des AWD-Länderprogramms in Mosambik.



AUS DER SICHT DER JUGEND

Die folgenden Artikel beschreiben die Sichtweise junger Menschen in Blick auf Menschenrechte und Bewusstseinsbildung. Einige LWB-Mitgliedskirchen heben auch Initiativen zur Förderung der Menschenrechte hervor.

Wie der Kolibri – Brasilianische Jugendliche bemühen sich um Wertevermittlung

In Brasilien möchten junge Menschen das 60-jährige Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte feiern. In den vergangenen 60 Jahren wurde viel unternommen, um die Grundwerte unseres Zusammenlebens zu sichern. Aber vielerorts sind Menschenrechte ein Privileg weniger und finanzielle Macht und Profit haben Vorrang vor den Grundrechten.

Es würde nicht weiterführen, all unsere Probleme aufzuzählen, wir möchten vielmehr ein paar Beispiele geben. vielerorts haben die Kirchen mehr Interesse daran, sich selbst zu retten, als an der Erlösung ihrer Mitglieder. Religion ist dort zum Geschäft verkommen. Das Ergebnis ist, dass Menschen alles genommen wird, was sie besitzen, um Reinheit und Erlösung zu erlangen. In Brasilien und auch in meinem Umfeld haben wir es nicht

geschafft, solche nicht nachhaltigen Missionsprojekte zu verhindern.

Wir werden an die Geschichte vom Kolibri erinnert. Sie ist eine Metapher für die Solidarität in unserem Land. Der Kolibri versucht, einen Waldbrand zu löschen, indem er immer wieder mit einem Wassertropfen im Schnabel vom Fluss herbeifliegt. Die Löwen lachen über seine Anstrengungen. Es scheint, als liegen die Löwen unserer Welt sicher im Schatten und schauen den erschöpften Kolibris beim Hin- und Herfliegen zu.

Wie der Kolibri bemühen wir uns, Werte, ethisches Handeln und Mitgefühl zu vermitteln. Dabei geht es nicht um eine Weltrevolution, sondern darum, dass wir und

unsere Kinder noch eine Welt haben, in der wir leben können.

Wir wollen feiern und deswegen fordern wir, dass im Rahmen der christlichen Bildung über die Menschenrechte nachgedacht und das Bewusstsein für sie gestärkt wird. Wir fordern ein lutherisches Bildungsprogramm in Brasilien und weltweit, das unser lutherisches Netzwerk dazu motiviert, dass es seine kollektive Funktion erfüllt, das Leben

zu bewahren. Jesus brauchte schliesslich auch keine Menschenrechtserklärung!

Mathias Alberto Möller ist Mitglied der Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses in Brasilien (IECLB) und ist im Bereich Entwicklungszusammenarbeit im brasilianischen Gesundheitsministerium tätig.



Mathias A. Möller. © Privat

Argentinien: Menschenrechtserklärung ist Teil der Kirchensatzung

Die Zehnte Vollversammlung der Evangelischen Kirche am La Plata (IERP) beschloss im Oktober 1998, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 in ihre Kirchensatzung aufzunehmen. Seit diesem Zeitpunkt ist folglich die Menschenrechtserklärung – im Sinne des Missionsauftrags Jesu an seine Kirche (Mt 28,18-20; Mk 16,15-16; Lk 24,46-47; Joh 20,21-23; Hebr 1,8) – Bestandteil der Kirchenverfassung.

Durch diesen Schritt demonstriert die IERP ihre Überzeugung, dass die Menschenrechtserklärung von zentraler Bedeutung ist. Die IERP stellt eine Verbindung her zwischen der Menschenrechtserklärung und der Verkündung der Heilsbotschaft im Rahmen der der Kirche anvertrauten Mission und im Zusammenhang mit der Verantwortung für die Schöpfung.

Pfr. Juan Abelardo Schvindt ist IERP-Generalsekretär.

Deutschland: ELKB verteidigt Rechte der ChristInnen im Irak

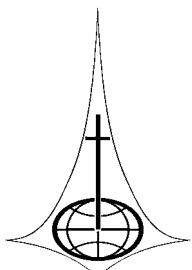
Die irakische Stadt Mossul, das biblische Niniveh, erlebte Anfang Oktober dieses Jahres eine Welle der Gewalt gegen ChristInnen. Etwa 20 Menschen wurden von ExtremistInnen ermordet und die ChristInnen aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Über 2.300 Familien aus Mossul flohen in die etwas sicherere nördlich gelegene Niniveh-Ebene und die kurdischen Provinzen Dohuk und Erbil. Umgehend stellte die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) Soforthilfe in Höhe von 50.000 Euro zur Verfügung. Landesbischof Dr. Johannes Friedrich appellierte eindringlich an die politisch Verantwortlichen im Irak, wenigstens im bisher sicheren kurdischen Norden und der Niniveh-Ebene die Sicherheit der ChristInnen zu gewährleisten.

Erst im Juni war eine kleine Delegation der ELKB in den Nordirak gereist, um sich über die aktuelle Lage der ChristInnen zu informieren. Die Reise knüpfte an die intensiven Verbindungen

an, die es seit 1995 von der ELKB in den Nordirak gibt. Viele irakische ChristInnen zeigten der lutherischen Delegation ihre Entschlossenheit, im Irak bleiben zu wollen. Tatsächlich sind die Gebiete nördlich von Mossul relativ sicher, aber es fehlt den vielen christlichen Inlandsflüchtlingen in abgelegenen Dörfern oft die Möglichkeit, Arbeit zu finden. Diesen Notstand versuchen viele Projekte der ELKB und anderer Organisationen zu lindern, durch Gründungshilfen für Kleinfirmen, Bildungsangebote etc.

Die Unterstützung der ELKB will ökumenische Hilfe für die Rechte der ChristInnen im Irak sein. LutheranerInnen unterstützen ost- und westsyrische ChristInnen und ArmenierInnen in ihrem friedlichen Kampf um den Fortbestand christlicher Existenz im Irak.

Kirchenrat Thomas Prieto Peral ist Referent für Ökumene und Weltverantwortung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.





Ein kongolesischer Rebelle mustert einen LKW, der während der Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Rebellen in der Demokratischen Republik Kongo im Oktober 2008 erbeutet wurde. © Reuters/James Akena

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) hat eine Bevölkerung von knapp 66 Millionen Menschen und erstreckt sich auf eine Fläche von der Grösse Westeuropas. Gegenwärtig steht das Land vor der Aufgabe, nach einem Jahrzehnt geprägt von Krieg und Instabilität, in deren Folge über fünf Millionen Menschen ihr Leben verloren, einen Neuanfang zu machen. Allein im vergangenen Jahr wurden Hunderte ZivilistInnen getötet und Tausende Frauen und Mädchen vergewaltigt.

Seit der Unabhängigkeit 1960 war dem Land durch die politischen Absichtserklärungen zur Überwindung von

Intoleranz und Diskriminierung sowie durch den Kampf gegen Straflosigkeit ein klarer, realistischer Plan zur Verwirklichung der Menschenrechte vorgegeben.

Und doch gibt es bis heute schwerwiegende Probleme, insbesondere angesichts der jüngst im Westkongo von der Gruppierung Bundudia Kongo verursachten Gewalt und der brüchigen Friedensabkommen im Osten der DRK.

KongolesInnen sind Menschen wie überall. Sie streben danach, Gottes Auf-

trag in ihrem Land zu verwirklichen, was nichts anderes bedeutet, als sich bewusst zu werden und zu verkünden, dass alle Menschen, Männer wie Frauen, als

Gottes Ebenbild geschaffen sind und damit Anspruch haben auf ein Leben in Würde und Erfüllung sowie auf den Genuss ihrer Rechte in gegenseitiger Achtung.

Michel Ngoy Mulunda von der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Kongo ist Mitglied des Programmausschusses für Ökumenische Angelegenheiten des LWB-Rates.



Michel N. Mulunda.
© LWB/F. Chan

Bayrische Jugendorganisation engagiert sich gegen Rechtsextremismus in Deutschland

Die Jugendorganisation der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB) ist geprägt von der Geschichte Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als durch die NationalsozialistInnen viele Menschenrechte ausser Kraft gesetzt wurden. Auch heute sind wir konfrontiert mit Menschen, die meinen, der Nationalsozialismus sei ein positives Konzept gewesen, und die dieses Konzept mit allen denkbaren Mitteln zu verbreiten suchen.

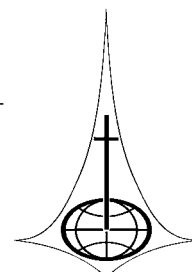
Die Evangelische Jugend in Bayern engagiert sich gegen Neonazis – sie informiert, organisiert und beteiligt sich an Demonstrationen und sie vertritt eine klare Position gegen Rechtsextremismus. Zum Beispiel gib es im ehemaligen Konzentrationslager Flossenbürg eine Gedenkstätte, wo internationale Jungendtreffen stattfinden und



Anna Krallinger.
© Privat

junge Menschen mit Überlebenden aus Konzentrationslagern zusammentreffen. Dieses Engagement will sicherstellen, dass unsere Geschichte nicht vergessen wird und sich nicht wiederholt.

Wir engagieren uns auch für die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Unsere Ausschüsse



sind gleich stark mit Frauen und Männern besetzt. In Arbeitsgruppen wird den besonderen Interessenlagen von Frauen und Männern Rechnung getragen.

Ziel der Evangelischen Jugend in Bayern ist es, junge Menschen dazu zu ermutigen, verantwortungsvolle ChristInnen zu werden.

Anna Krallinger studiert Lebramt für Gymnasien mit der Fächerkombination Wirtschaft und Englisch und engagiert sich in der Evangelischen Jugend in Bayern.

Äthiopien: Dem ganzen Menschen dienen

Mit einer Geschichte von mindestens 2.000 Jahren ist Äthiopien eines der ältesten Länder der Welt und eines der wenigen afrikanischen Länder, die zur keiner Zeit Kolonie waren. Und obwohl Äthiopien auf eine lange Geschichte zurückblickt, fehlt diesem Land mit 80 Millionen EinwohnerInnen eine demokratische Kultur der Toleranz und des Interessensausgleichs. Viele Jahre haben die Menschen unter verschiedenen Formen der Ungerechtigkeit, wie z.B. undemokratischen politischen und gesellschaftlichen Strukturen, ungerechter Verteilung der Ressourcen und jahrelangen Bürgerkriegen gelitten. All dies führte zu schweren Menschenrechtsverletzungen.

1991 begann eine Phase des politischen Übergangs. Es wurden Initiativen ergriffen, um einen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen und Frieden und Versöhnung zwischen den Konfliktparteien herzustellen. In diesem Kontext blieb die Äthiopische Evangelische Kirche Mekane Yesus (ÄEKMJ) ihrem Auftrag treu, dem ganzen

Menschen zu dienen, und richtete 1993 ein Friedensbüro ein. Aufgabe dieses Büros ist es, die Kirche zu unterstützen, einen Beitrag zum Aufbau einer friedlichen Gesellschaft zu leisten. Das übergeordnete Ziel des Büros ist es, den Schutz und die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Rechtsstaatlichkeit höchste Priorität genießt und jede Gruppe der Bevölkerung den ihr zustehenden Anteil am nationalen Wohlstand erhält.

Seit Gründung hat das Büro verschiedene Massnahmen ergriffen, wie z.B. die Qualifikation von AusbilderInnen im Bereich Konfliktlösung, die Veranstaltung von Friedens- und Versöhnungskonferenzen und Aufklärungsarbeit für WählerInnen. Das Büro erarbeitet ausserdem Materialien für die Friedensarbeit. Die kumulative Wirkung dieser Massnahmen soll dazu beitragen, eine demokratische Kultur und die Achtung der Menschenrechte zu fördern.

Mamo Wejega ist Koordinator des Friedensbüros der ÄEKMJ.

USA: Lutherische Kirche engagiert sich für Menschenrechte

Auf vielfältigen Ebenen ist die Evangelisch-Lutherische Kirche in Amerika (ELKA) bestrebt, sich mit Unterdrückten, Armen und Leidenden zu solidarisieren, sich für sie zu engagieren und ihre Güter zu teilen, um menschliche Not zu lindern.

Zum 60-jährigen Bestehen der Menschenrechtserklärung hat das Lutherische Büro für Weltgemeinschaft – ein gemeinsames Projekt des LWB und der ELKA – eine Reihe von Videointerviews produziert, die MenschenrechtsaktivistInnen portraituren, die sich von ihrem Glauben zum Handeln motivieren lassen (<http://humanrightschurch.org>). Die weltweite Kirche hat eine lange Tradition des Engagements für die Durchsetzung der Menschenrechte. So kommen in den Videos AktivistInnen aus vielen Ländern zu Wort. „Die Geschichten, die die Menschen erzählen, werden im Video lebendig. Man braucht keine besonderen Dokumente der Vereinten Nationen, um zu verstehen, wofür es bei den Menschenrechten geht“, betont Christian Albers, der als Praktikant im Büro für Weltgemeinschaft die Videos produziert hat.

Aus Anlass des Jubiläums der AEMR veranstaltete die ELKA am 30./31. Oktober eine Konsultation mit dem Titel „Die Kirchen und 60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Innehalten am Meilenstein – Zukunft gestalten“. Während der Tagung ging es um den Einsatz der Kirche für die Menschenrechte in der Vergangenheit und um aktuelle Menschenrechtsprobleme in den USA.

Ziel war es, innerhalb der ELKA das Bewusstsein dafür zu stärken, dass die Menschenrechte die fundamentale rechtliche Grundlage für eine Welt ohne Gewalt darstellen. Auch wurden konkrete zukünftige Aktivitäten in diesem Bereich erarbeitet. Die Beiträge zur Konsultation werden in einer Ausgabe des elektronischen „Journal of Lutheran Ethics“ (www.elca.org) veröffentlicht.

Das Lutherische Büro für Weltgemeinschaft repräsentiert den LWB und die ELKA am UN-Hauptsitz in New York (USA).

Emily Davila ist Beigeordnete Direktorin des Lutherischen Büros für Weltgemeinschaft.

El Salvador: Wasser als Geschenk der Schöpfung Gottes

Das Wissen, dass Wasser als Quelle des Lebens und als menschliches Grundrecht insbesondere der Ärmsten der Armen heilig ist, motiviert uns, sich für den verantwortungsbewussten Umgang mit diesem Element einzusetzen. So wenden wir uns gegen sämtliche neoliberalen Initiativen, die Wasser zur Handelsware machen und Menschen den Zugang dazu verweigern wollen.

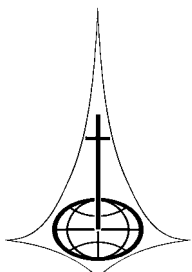
Indem wir diese Herausforderung annehmen, gehen wir den Schritt vom passiven Beobachten und der Artikulation ethischer Bewertungen hin zu konkretem Handeln an der Seite der Ärmsten und Schwächsten. Aus dieser Position heraus sind wir in der Lage, einen ganzheitlichen, beide Geschlechter berücksichtigenden Ansatz zu vertreten, der zu gerechten Lösungen beitragen kann.

In unserem Land ist in jüngster Zeit eine Reihe von lokalen Konflikten entstanden, weil es an Institutionen fehlt, die stark genug sind,

um eine ganzheitliche, nachhaltige Wasserversorgung zu gewährleisten. Wir begleiten betroffene Gemeinden in ihrem Widerstand gegen die gewaltsame Bedrohung des Grundrechts auf Wasser und stellen wirksame Instrumente sowie das nötige technische und juristische Wissen zur Verfügung, um erfolgreich Zugangsgarantien zu Wasser und den Schutz des Wassers einzufordern.

Eine weitere Strategie besteht darin, lokale Konflikte über die Medien landesweit ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke zu informieren. So tragen wir auch dazu bei, Verstöße vor den angemessenen juristischen Instanzen vorzutragen. In dieser Weggemeinschaft mit den Schwachen verfolgen wir das Ziel, die von der Schöpfung Gottes gesegneten Flüsse des Lebens zu bewahren.

Bischof Medardo E. Gómez Soto, Salvadorianische Lutherische Kirche.



Während das jüdische Verständnis der Menschenrechte dazu tendiert, den ethischen Schwerpunkt auf die Pflicht des Menschen zu legen, und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eher den Anspruch eines jeden Menschen auf diese Rechte betont, so setzen sich doch beide für eine Gesellschaft ein, die auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden für alle aufbaut, betont die Koordinatorin eines jüdischen Menschenrechtsnetzwerks. Ein ehemaliger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen beschreibt, warum eine politische und ideologische Sichtweise religiöser Fragen ein entscheidendes Hindernis im interreligiösen Dialog ist.

Menschenrechte: Eine jüdische Perspektive

In der *Mischna Awot* (Sprüche der Väter) sagt Rabban Schimon ben Gamliel: „Auf drei Dingen beruht die Welt: Auf Recht, auf Wahrheit und auf Frieden, denn es steht geschrieben [Sach.8,16]: Rede einer mit dem anderen Wahrheit, und richtet recht, und schaffet Frieden in euren Toren.“ In dem hebräischen Wort für Welt (*olam*) schwingt Universalität mit – diese Säulen gelten für alle Menschen. Ohne sie gibt es kein gegenseitiges Vertrauen, keine Gerechtigkeit, kein Freisein von Konflikten. Andere Rabbiner argumentieren, die *mitzwa* (Gebot) „liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ sei die wichtigste Vorschrift der Tora, für Rabban Schimon jedoch besteht die Notwendigkeit grundlegender Rechte und gleichberechtigten Zugangs als Basis einer menschlichen Gesellschaft, die der gegenseitigen Verständigung zwischen Mitmenschen noch vorausgeht.

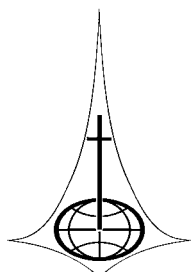
Das erinnert mich an die erste Zeile der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Da die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet...“ Hier sind wir beim Kern der Vision von einer gerechten Welt, wie sie die Menschenrechtserklärung entwirft. Der jüdische Begriff für die angeborene Würde des Menschen (*k'vod habriot*) stützt sich auf die Vorstellung, dass alle Menschen als Ebenbilder Gottes geschaffen sind. Der Gleichwertigkeit aller Menschen entspricht der Gedanke, dass jede/r von uns das Bild Gottes widerspiegelt. Einem anderen Menschen verächtlich zu begegnen oder ihn zu unterdrücken, bedeutet, das Bild Gottes zu beschädigen.

Die jüdische Gemeinschaft ist sich bewusst, welche revolutionäre Dokumentation die Menschenrechtserklärung darstellt. Unsere Erfahrung des Holocaust und der verheerenden zivilen Opfer, die der Zweite Weltkrieg forderte – der ja der Katalysator für die Abfassung der Menschenrechtserklärung war – lehrt uns, dass ein allgemeines Verständnis von *k'vod habriot* nicht als gegeben angenommen werden kann. Es ist leicht, den göttlichen Funken in anderen zu ignorieren und sie zu foltern oder sonst unmenschlich zu behandeln. Wir sind also aufgefordert, der mehrfach wiederholten Anweisung der Tora zu folgen und uns der Fremden zu erinnern, da wir selbst in Ägypten Fremde waren. Mitgefühl ist die Lehre, die wir aus der Unterdrückung ziehen müssen.

In der jüdischen Tradition lässt sich sicherlich eine Grundlegung für die Menschenrechte finden. Das Juden-



„Rabbis for Human Rights“ (RHR-NA) bei einer Demonstration in Washington DC (USA) im Juni 2007, die von der National Religious Campaign against Torture (Landesweite Kampagne der Kirchen gegen Folter) und anderen Menschenrechtsorganisationen organisiert wurde. © RHR-NA



tum selbst jedoch spricht, wenn es um menschliche Bedürfnisse geht, nicht von „Rechten“. In der *mitzwa* wird der ethische Schwerpunkt eher auf die Pflicht des Menschen als auf seinen Anspruch gelegt. Zudem unterliegen unsere Rechte als Einzelne zuletzt der Einschränkung durch unsere Pflichten gegenüber Gott. Der jüdische Umgang mit den Menschenrechten in der Moderne ist oft fallbezogen, denken wir etwa an die Arbeit von „Rabbis for Human Rights“ zur jüdischen Ablehnung der Folter.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte spricht von Rechten, anstatt von Pflichten und definiert damit den Anspruch der Benachteiligten und Machtlosen gegenüber Menschen

oder Staaten, die über Macht und Mittel verfügen. Das jüdische Gesetz neigt dagegen dazu, sich an die Mächtigen zu richten, die in der Lage sind, den *mitzwot* entsprechend zu handeln, und setzt den Schwerpunkt beispielsweise bei der *mitzwa*, den Hungernen Nahrung zu geben, anstatt bei deren Recht



Rabbi Rachel Kahn-Troster. © RHR-NA

auf Nahrung. Das Ergebnis bleibt das gleiche: menschlich ist eine Gesellschaft, die sich auf den allgemeinen Zugang zu Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden stützt. Denken wir an die Worte

des Propheten Malachi (2,10): „Haben wir nicht alle ‚einen‘ Vater? Hat uns nicht ‚ein‘ Gott geschaffen?“ [Lutherbibel]. Eine Welt auf der Grundlage von *k'vod habriot* gibt die Antwort auf diese Fragen.

Rabbinerin Rachel Kahn-Troster ist Direktorin für Bildung und Öffentlichkeitsarbeit

beim nordamerikanischen Zweig von Rabbinis for Human Rights. Dort koordiniert sie „K'vod Habriot: A Jewish Human Rights Network“, ein jüdisches Netzwerk, das sich für Menschenrechte engagiert.

Interreligiöser Dialog gegen Diskriminierung und Intoleranz

Die politisch und ideologisch geprägte Haltung zu religiösen Fragen stellt gegenwärtig ein wichtiges Hindernis im interreligiösen Dialog dar. Diese Haltung führt tendenziell dazu, dass Religion mit Macht, Identität oder Sicherheit in Verbindung gebracht und so instrumentalisiert wird, und nährt eine Kultur und Praxis der Diskriminierung und Intoleranz. Im intra- und interreligiösen Bereich äussert sich diese Haltung in verschiedener Weise: in politischer Gewalt, Einschränkungen der Religionsausübung oder der Sichtbarkeit von Religion im öffentlichen Raum, Verdächtigung der Religion als Ideologie.

Die verschiedenen Ausdrucksformen verstärken sich gegenseitig und so entsteht ein Teufelskreis aus Diskriminierung und Gewalt, der – bei Überschreiten einer bestimmten „kritischen Masse“ – Polarisierungen und Antagonismen verstärkt und apokalyptischen Theorien vom Kampf der Kulturen und Religionen Glaubwürdigkeit verleiht. Solche Theorien, die aus dem

manichäisch-dualistischen Denken des Kalten Krieges herrühren, basieren auf einer ideologischen Verschmelzung von ethnischer Abstammung, Kultur und Religion. Verstärkt durch eine starke Tendenz, Religion als Ghetto zu identifizieren und sie politisch zu nutzen, führt diese Verschmelzung dazu, dass Rassenhass und religiös motivierter Hass zunehmen.

Alle Anstrengungen zur Bekämpfung religiöser Diskriminierung und Anstachelung zu nationalem, rassistischem oder religiösem Hass müssen die komplexe dialektische Beziehung zwischen zwei Faktoren berücksichtigen. Erstens die theologische, kulturelle und historische Besonderheit jeder Religion und spirituellen Tradition sowie die damit einhergehenden Formen und Manifestationen von Diskriminierung und Diffamierung und zweitens die Universalität ihrer tief sitzenden Ursachen und die Art und Weise, wie diese bekämpft werden können.

Die politische Herausforderung, vor der multikulturelle Gesellschaften ste-

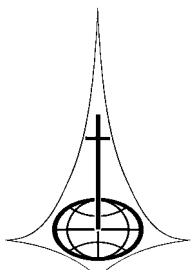
hen, besteht darin, Strategien und Programme zu entwerfen, die ein besseres gegenseitiges Kennenlernen aller Bevölkerungsgruppen und den Aufbau von Beziehungen zwischen ihnen ermöglichen. Im Bereich der Religion und der Glaubensüberzeugungen – wo Zugehörigkeitsgefühle am tiefsten sind – ist es am schwierigsten, dieser Herausforderung zu begegnen. Wenn wir also die Phobie bekämpfen wollen, deren Ziel alle Religionen sind, so müssen wir uns bewusst machen, was das Besondere jeder Phobie und was gleichzeitig ihre universalen Ursachen sind. Die grundlegende Entscheidung, die die Opfer als Einzelne und als Gruppen treffen müssen, ist, ob sie sich selbst sehen oder Solidarität mit allen Opfern zeigen wollen.

Die Ideologen des Kampfes der Kulturen und Religionen rechtfertigen ihre Theorien häufig damit, dass sie auf die fehlende Solidarität zwischen den Opfern von Islamophobie, Antisemitismus und Christianophobie hinweisen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, einen Paradigmenwechsel von soziologischen Denkkategorien zu einer rechtlichen Kategorie zu fördern, die in den Menschenrechtsnormen niedergelegt ist: Anstachelung zu Rassenhass und religiösem Hass. Dies wird helfen,



Dr. Dou dou Diene. © Privat





Die Interreligiöse Initiative für Frieden in Afrika (IFAPA) wurde 2002 vom LWB ins Leben gerufen und wirbt für „eine Kultur des Dialogs“. Foto: Mufti Scheich Saleh Habimana aus Ruanda während der Eröffnungsrede der Tagung der IFAPA-Kommission 2007 in Tripolis (Libyen). © LWB/R. Lang

eine Debatte neu zu fokussieren, die Religionen diffamiert und polarisiert.

Im Kampf gegen rassistische und religiöse Intoleranz sollten Regierungen ihre Verpflichtung zur Achtung von Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit, wie sie in internationalen Urkunden, vor allem in Artikel 18 und 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, niedergelegt ist, sehr ernst nehmen. Und nicht nur das, sie sollten dabei Respekt für den komplementären Charakter dieser zwei Grundfreiheiten zeigen und entsprechend handeln.

Angesichts der Tatsache, dass es divergierende und widersprüchliche Auslegungen gibt, ist eine intensivere Auseinandersetzung mit dieser Frage erforderlich, um der gegenwärtigen Tendenz, Grundfreiheiten zu politisieren und einigen den Vorrang vor anderen zu geben, entgegenzuwirken. Der Menschenrechtsrat sollte erwägen, ergänzende Bestimmungen zu Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Nichtdiskriminierung und der zwischen ihnen bestehenden Wechselbeziehung zu verabschieden, insbesondere in Form einer allgemeinen

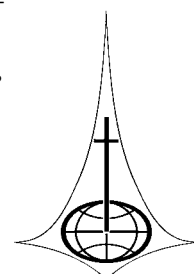
Überwachung der Einhaltung von Artikel 20. Da religiöse Diskriminierung sehr tiefe geschichtliche und kulturelle Wurzeln hat, ist es notwendig, die juristische Arbeit zum komplementären Charakter der Grundfreiheiten abzuschließen und auf eine Kultur des Dialogs zwischen Religionen und spirituellen Traditionen zu stützen.

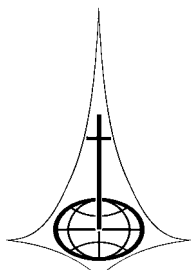
Folgende Prinzipien könnten einen Beitrag zu diesem Dialog leisten:

- die dialektische Beziehung zwischen der Anerkennung der historischen und theologischen Besonderheit jeder Religion und spirituellen Tradition und der Universalität ihrer jeweiligen Botschaft;
- Stärkung der ethischen Dimension des Dialogs, insbesondere seiner Betonung gemeinsamer menschlicher Werte;
- Konzentration des Dialogs auf eine Vertiefung des gegenseitigen Kennenlernens und Stärkung der Interaktion und des Austauschs zwischen Religionen und spirituellen Traditionen;

- Verbindung der intra- und interreligiösen Dimensionen des Dialogs;
- Bekräftigung menschlicher Gemeinschaft als höchster Wert – durch gemeinsames Engagement für die wichtigsten Anliegen all unserer Gesellschaften: Menschenrechte, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung, Ungleichheit etc. . . ;
- kritische Reflexion über die inneren theologischen, geschichtlichen und politischen Quellen jeder Religion und spirituellen Tradition und über die Diskriminierung und negative Wahrnehmung anderer Religionen;
- Wahrung des Gleichgewichts zwischen säkularem Staat und Religionsfreiheit.

Dr. Doudou Diène aus Senegal war von 2002 bis 2008 UN-Sonderberichterstatter für zeitgenössische Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz.





MENSCHENRECHTSTAG

Liturgische Materialien zum 10. Dezember 2008

Die Kirchen sind aufgefordert, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Das folgende liturgische Material kann für Gottesdienste zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder für andere Andachten am Internationalen Tag der Menschenrechte verwendet und angepasst werden.

Eröffnung

Wer dem Geringen Gewalt tut, lästert dessen Schöpfer; aber wer sich des Armen erbarmt, der ehrt Gott.
Sprüche 14,31

Komm, Gott des Lebens, dass Gerechtigkeit geschieht und dein Name gepriesen wird.

[Es ist der Herr,] der den Geringen aufrichtet aus dem Staube und erhöht den Armen aus dem Schmutz, dass er ihn setze neben die Fürsten, neben die Fürsten seines Volkes; *Psalms 113,7-8*

Komm, Friedefürst, richte die Unterdrückten auf und mache ihre Würde allen Augen offenbar.

Tu deinen Mund auf für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind. Tu deinen Mund auf und richte in Gerechtigkeit und schaffe Recht dem Elenden und Armen.
Sprüche 31,8-9

Psalm 86: Erhöre die zentralafrikanische Frau*

¹ Neige Deine Ohren zu mir, oh Gott erhöre mich, die zentralafrikanische Frau, denn ich bin elend und mittellos.

² Erhalte mein Leben, denn ich bin nicht geachtet in der Gesellschaft; Du bist mein Gott; rette Deine Tochter, die ihr Vertrauen in Dich setzt!

³ Sei mir gnädig, oh Gott, denn zu Dir schreie ich den ganzen Tag.

⁴ Erfreue die Seele Deiner Tochter, denn zu Dir, oh Gott, erhebe ich meine Seele.

⁵ Du, Gott, bist gut gegenüber allen in der Gesellschaft und gibst Gnade im Überfluss allen, die auf Dich zählen.

⁶ Vernimm, oh Gott, die Stimme meines Flehens.

Komm, Heiliger Geist, schenke uns Mut, den Mund aufzutun für die Sache der Elenden und Armen.

Hinführung zum Sündenbekenntnis

Der Herr Zebaoth sprach: Richtet recht, und ein jeder erweise seinem Bruder Güte und Barmherzigkeit, und tut nicht Unrecht den Witwen, Waisen, Fremdlingen und Armen, und denke keiner gegen seinen Bruder etwas Arges in seinem Herzen! Aber sie wollten nicht aufmerken und kehrten mir den Rücken zu und verstockten ihre Ohren, um nicht zu hören, und machten ihre Herzen hart wie Diamant, damit sie nicht hörten das Gesetz und die Worte, die der Herr Zebaoth durch seinen Geist sandte durch die früheren Propheten.
Sacharja 7,9-12a

⁷ Tagsüber, wenn ich Qualen leide, rufe ich Dich an, und Du antwortest mir.

⁸ Du bist der Vater von Männern wie Frauen.

⁹ Alle Geschlechter, die Du geschaffen hast, werden kommen und Dich anbeten.

¹⁰ Denn Du bist gross und hast den Menschen gemacht als Mann und als Frau.

¹¹ Lehre unsere Gesellschaft, dass die Frau Rechte besitzt.

¹² Ich will Deinen Namen kundtun und meinen Beitrag leisten zur Entwicklung der Welt.

¹³ Denn gross ist die Gnade, die Du mir erweist, denn Du hast mich gemacht, Schöpfer aller Menschen.

¹⁴ Oh Gott, die stolzen Männer stehen gegen mich auf, sie haben keine Achtung vor Frauen.

Sündenbekenntnis

Gott, die Rufe der Unterdrückten sind unüberhörbar. Die Schreie der Armen und Elenden fordern eine Antwort. Und doch schweigen wir so oft. Unrecht, Hunger, Zerstörung, Tod – das Leid der Welt perlt ab an unseren Seelen. Wir versagen darin, uns den Schwächsten zuzuwenden. Wir versagen, und tun ihren Grundrechten Abbruch.

Komm, Gott, komm mitten hinein in die Not der Welt. Kehre uns ab von unserer Sünde, dass wir nach deinem Willen leben und deine Wege gehen. Schenke uns deine Vergebung, verwandle uns, erneuere unser Herz und unseren Geist.

Gnadenzusage

Du, Tochter Zion, freue dich sehr, und du, Tochter Jerusalem, jauchze! Siehe, dein König kommt zu dir, ein Gerechter und ein Helfer, arm und reitet auf einem Esel, auf einem Füllen der Eselin. *Sacharja 9,9*

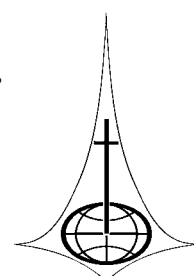
¹⁵ Aber Du, oh Gott, bist Gott, voller Mitgefühl und Gnade für Frauen genauso wie für Männer.

¹⁶ Wende Dich mir zu, und gib mir die Fähigkeit, mein eigenes Wesen zu behaupten, indem ich Deine Schöpfungsordnung bewahre.

¹⁷ Zeige mir Deine Freundlichkeit, dass die, die mich verachten, sehen: Du hasst das weibliche Geschlecht nicht!

Hilf mir, durch mein Leben die Anerkennung der Frau in der Gesellschaft zu fördern.

*Antoinette Yindjara Beanzovi, Zentralafrikanische Republik, in: Bärbel Fünfsinn, Carola Kienel (Hrsg.), Psalmen leben. Frauen aus allen Kontinenten lesen biblische Psalmen neu, Schenefeld 2007, S. 168-170.



Verkündigung

Menschenrechte und Bibel

Die Bibel stellt sich unmissverständlich an die Seite der politisch oder wirtschaftlich Schwachen und kritisiert die Mächtigen mit deutlichen Worten, wenn sie die Rechte der Verwundbaren verletzen oder beugen. Das Ziel prophetischer Warnungen wie konkreter Gesetze im Alten Testament ist, Leben und Würde der Elenden und Armen zu schützen.

Dem Tagelöhner, der bedürftig und arm ist, sollst du seinen Lohn nicht vorenthalten, er sei von deinen Brüdern oder den Fremdlingen, die in deinem Land und in deinen Städten sind, sondern du sollst ihm seinen Lohn am selben Tage geben, dass die Sonne nicht darüber untergehe – denn er ist bedürftig und verlangt danach... 5. Mose 24,14-15b

Gott tritt nicht nur für die Armen ein, er identifiziert sich selbst mit den Schwachen:

Denn ich bin hungrig gewesen und ihr habt mir zu essen gegeben. Ich bin durstig gewesen und ihr habt mir zu trinken gegeben. Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen und ihr habt mich gekleidet. Ich bin krank gewesen und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen und ihr seid zu mir gekommen... Wahrlich, ich sage euch: Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan. Matthäus 25,35-36.40b

[Wir sollten uns] vor Augen halten, warum die Kirchen eine Mitverantwortung für die Verteidigung der Menschenrechte tragen. Unser Handeln basiert auf der Hoffnung für die Schöpfung, eine Hoffnung die Jesus uns mit seiner Ankündigung des Reiches Gottes geschenkt hat. Regierungen, Kirchen und andere gesellschaftliche Einrichtungen sind nie vollkommen. Die Sünde in all ihren Ausdrucksformen spaltet die Menschen. Die Arbeit der Kirchen zur Stärkung und Verteidigung der Menschenrechte muss im breiteren Kontext des Dienstes

Das Engagement für politische, soziale und wirtschaftliche Grundrechte entspringt der Exodus-Erfahrung des Volkes Israel. Gott offenbarte sich als Befreier und Erlöser aus der Sklaverei, als Anwalt der am Rand Stehenden und als Hüter der Würde Benachteiligter. Hierin liegt eine starke Motivation zum Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenrechte.

Weh denen, die unrechte Gesetze machen, und den Schreibern, die unrechtes Urteil schreiben, um die Sache der Armen zu beugen und Gewalt zu üben am Recht der Elenden in meinem Volk, dass die Witwen ihr Raub und die Waisen ihre Beute werden!
Jesaja 10,1-2

der Versöhnung gesehen werden, in dem wir uns für soziale Gerechtigkeit einsetzen, wenn unsere Beziehungen in der Gemeinschaft leiden oder scheitern, wie sie es unweigerlich tun. *David Pfrimmer* („Menschenrechte als Anliegen öffentlicher Theologie“, in: *Glaube und Menschenrechte: Stimmen aus der lutherischen Gemeinschaft, LWB-Dokumentation Nr. 51, Stuttgart 2006, S. 71f*)

Der Geist des Herrn ist auf mir, weil er mich gesalbt hat, zu verkündigen das Evangelium den Armen; er hat mich gesandt, zu predigen den Gefangenen, dass sie frei sein sollen, und den Blinden, dass sie sehen sollen, und den Zerschlagenen, dass sie frei und ledig sein sollen, zu verkündigen das Gnadenjahr des Herrn. Lukas 4,18-19

Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit; denn sie sollen satt werden. *Matthäus 5,6*

Und es soll geschehen in den letzten Tagen, spricht Gott, da will ich ausgießen von meinem Geist auf alles Fleisch; und eure Söhne und eure Töchter sollen weissagen, und eure Jünglinge sollen Gesichte sehen, und eure Alten sollen Träume haben; und

Damit alle leben können, müssen grundlegende soziale und ökonomische Standards gewährleistet sein. Sie dürfen nicht nur der eigenen Sippe gelten, sondern einer jeden Person. Sie sind allgemeingültig. Im Mittelpunkt stehen die Bedürfnisse der Notleidenden, egal welcher ethnischen Zugehörigkeit.

Du sollst das Recht des Fremdlings und der Waise nicht beugen und sollst der Witwe nicht das Kleid zum Pfand nehmen. Denn du sollst daran denken, dass du Knecht in Ägypten gewesen bist und der Herr, dein Gott, dich von dort erlöst hat. Darum gebiete ich dir, dass du solches tust.
5. Mose 24,17-18

auf meine Knechte und auf meine Mägde will ich in jenen Tagen von meinem Geist ausgießen, und sie sollen weissagen.
Apostelgeschichte 2,17-18

Dieses ergreifende Bild aus dem Neuen Testament inspiriert mich jeden Tag, die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte zu verkünden und anzunehmen. Das Wort Gottes spricht von prophetischen Stimmen, die nicht durch Geschlecht, Alter oder Nationalität zum Schweigen gebracht werden. Unter der anhaltenden Führung und Eingebung des Heiligen Geistes ruft uns das Evangelium stetig zur Beurteilung unsere Institutionen und unserer selbst auf. Dies führt zu Reue, zu einem Bewusstseinswandel und zu Strukturveränderungen hin zu einer umfassenden Gemeinschaft der Heiligen in der Kirche Jesu Christi. Dies ist der wahre Kern des Engagements für die Menschenrechte. Es geht um die Sicherung der Menschenwürde für alle, um das Schaffen eines Raumes für die Stimme der Vielfalt und derjenigen, die aufgrund ihrer Verwundbarkeit verloren und vergessen sind. *Musimbi Kanyoro* („Glaube, Feminismus und Menschenrechte“, in: *Glaube und Menschenrechte: Stimmen aus der lutherischen Gemeinschaft, S. 92.*)

Fürbitten

Gerechter und barmherziger Gott, wir bitten dich, sei mit deiner verwandelnden, heilenden Gegenwart bei den Frauen, Männern und jungen Menschen, deren Grundrechte verletzt werden, und bei denen, die sich für die Menschenrechte einsetzen.

Wir beten für alle, die inhaftiert wurden oder Schikanen erleiden, weil sie den Mächtigen die Wahrheit sagen:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle, die im Auftrag eines Staates gefoltert werden, und für ihre Familien:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle, die von wirtschaftlicher Ausbeutung und wirtschaftlichem Unrecht betroffen sind:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für Migrantinnen und Migranten, für Flüchtlinge und Vertriebene, für alle, deren Zukunft ungewiss ist:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle, die nicht genug zu essen und kein sauberes Wasser zu trinken haben:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle, die in ihrer Familie Gewalt erleiden und keine Möglichkeit haben, ihre Grundrechte durchzusetzen:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle mutigen Frauen, die es wagen, Unrecht zu benennen,

Gemeinschaft

und für alle mutigen Männer, die sich trauen, neue Wege zu gehen:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für kulturelle und religiöse Minderheiten und indigene Völker, die um die Bewahrung ihrer Identität ringen:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle, die in Medien, Justiz und Menschenrechtsgruppen dafür sorgen, dass Menschenrechtsverletzungen an die Öffentlichkeit kommen:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle, die sich in Gewerkschaften und Zivilgesellschaft für staatliche und gesellschaftliche Strukturen einsetzen, die die Beteiligung aller Menschen ermöglichen:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle im religiösen Bereich mit Verantwortung Betrauten und alle Glaubenden, die sich für die Rechte der Ausgegrenzten und Schwachen einsetzen:

Herr, erhöhe uns.

Wir beten für alle, die politische Verantwortung tragen und die Macht haben, die Menschenrechte zu verwirklichen:

Herr, erhöhe uns.

Abendmahlsgebet*

Wir danken dir, Herr des Himmels und der Erde, dass du deine Hand auf tust und alles, was lebt, mit deiner Gnade nährst.

Du schenkst uns unser tägliches Brot, Gesundheit und Kraft. Aus dem Korn der Felder und den Trauben der

Berge machst du Brot und Wein. Du deckst deinen Tisch für uns.

Sende deinen Geist auf uns und diese Gaben, dass wir teilhaben an dem himmlischen Brot und dem Kelch des Segens – dem Leib und dem Blut Christi.

Einsetzungsworte

Deinen Tod, o Herr, verkünden wir, und deine Auferstehung preisen wir, bis du kommst in Herrlichkeit.

Mach alle, die teilhaben an diesem Brot und diesem Kelch, zu einem Leib durch den Heiligen Geist, zur vollkommenen, lebendigen Opfergabe in Christus, dir zum Lob und Preis. **Amen.**

Vaterunser

Austeilung

Danksagung

Herr, wir danken dir für das unfassbare Geschenk, das du uns gemacht hast.

Du wurdest zur Antwort auf unser Gebet, zum Brot, das unseren Hunger stillt.

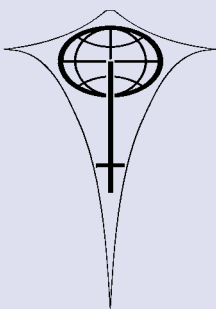
Hilf uns, dass wir aktiv werden angesichts der Not derer, denen es an dem fehlt, was wir im Überfluss haben.

Hilf uns, dass wir den Aufschrei hören, den du hörst, dass wir verstehen, wie du verstehst, dass wir dienen, wie du gedient hast.

Offenbare uns das Geheimnis deines Mahls: ein Brot und eine Menschheit. **Amen.**

*Schwedische Kirche, Abendmahls-gottesdienst (übersetzt nach der englischen Fassung), Siehe:

www.leuenberg.net



Herausgegeben von:
Lutherischer Weltbund
150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2, Schweiz
Telefon +41/22-791 61 11
Fax +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org